

## **Wortprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung**

47. Sitzung  
5. März 2026

Beginn: 14.04 Uhr  
Schluss: 16.47 Uhr  
Vorsitz: Ülker Radziwill (SPD)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

##### **Bericht aus der Senatsverwaltung**

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzende Ülker Radziwill:** Wir kommen zu unserem Highlight des Tages:

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0079](#)  
**Queere Arbeit in der ganzen Stadt – Wie stellt sich** IntGleich  
**die aktuelle Situation queerer Angebote dar?**  
**Welche Bereiche von queeren Gesundheits-,**  
**Bildungs-, und/oder Präventionsangeboten müssen**  
**verstärkt ausgebaut bzw. implementiert werden?**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0072](#)  
**Queere Jugendarbeit in der ganzen Stadt. Aktueller** IntGleich  
**Stand, Ausbau der queeren Jugendzentren und**  
**Verankerung in den bestehenden Strukturen von**  
**Schule, Jugendeinrichtungen und Jugendhilfe**  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

Ich darf Ihnen mitteilen, dass zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Ünsal hier ist, die ich herzlich begrüße – sie ist die Leiterin der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung –, sowie auch Herr Vierrath, ebenfalls von SenASGIVA. – Ich heiße Sie alle herzlich willkommen! Sie stehen freundlicherweise zur Verfügung, um Fragen hier im Ausschuss zu beantworten.

Ich möchte zu 3 a Herrn Dr. Struch von der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege herzlich willkommen heißen. – Sie sind ebenfalls heute hier; schön, dass Sie sich die Zeit nehmen und Fragen beantworten, die Ihnen gegebenenfalls gestellt werden!

Dann möchte ich zu unseren Anzuhörenden kommen, die ich ganz herzlich in alphabetischer Reihenfolge begrüßen möchte: Erstens Frau Constanze Körner; sie hat die geschäftsführende Leitung und Projektkoordination von Lesben Leben Familie e. V. inne. – Herzlich willkommen! – Dann begrüße ich Frau Christin Richter, Abteilungsleitung V – Kinder und Jugend, Schwulenberatung Berlin gGmbH. – Auch an Sie ein herzliches Willkommen! – Ich begrüße außerdem Herrn Florian Winkler-Schwarz, Geschäftsführer beim Lesben- und Schwulenverband in Deutschland, Landesverband Berlin-Brandenburg e. V. – Auch an Sie noch einmal ein herzliches Willkommen!

Ich gehe davon aus, dass Sie ein Wortprotokoll wünschen; wir könnten es aber auch lassen. – Nein, Sie wünschen es; dann haben wir das als Auftrag weitergegeben. – Es war ein netter Versuch! Dann verfahren wir so.

Jetzt sind wir bei der Begründung des Besprechungsbedarfs. Wem von der Koalitionsfraktion darf ich zu 3 a zuerst das Wort geben? – Es beginnt Frau Wiebke Neumann von der SPD-Fraktion. – Bitte sehr!

**Wiebke Neumann (SPD):** Vielen Dank! – Ein herzliches Willkommen an die Anzuhörenden! Es freut mich sehr! – Wir haben heute sehr umfangreiche Besprechungspunkte – deswegen sind die Texte auch so lang –, weil wir einen übergeordneten Blick auf die Regenbogenhauptstadt werfen wollen: Was haben wir bereits erreicht und wo gibt es noch Lücken?

Ich würde mich freuen, wenn wir uns in der Anhörung darauf konzentrieren und nicht noch einmal die Haushaltsberatung wiederholen. Sicherlich wird es dazu auch einige Kommentare geben, aber ich glaube, wir sollten vor allem schauen, was wir haben, denn Berlin hat eine große Vielfalt an Projekten, Angeboten, Beratungsstellen und Orten. Das kommt nicht von ungefähr, denn wir haben auch eine Vielfalt an Bedarfen. Wir haben uns hier in Berlin entschieden, und das auch zu Recht, für unterschiedliche Bedarfe unterschiedlicher Gruppen gezielte Angebote zu machen – keine One-fits-all-Lösung für die Community, sondern Angebote gezielt für verschiedene Altersgruppen, für Schwule, Lesben, Bisexuelle, Trans- und Interpersonen, für verschiedene, auch für besonders herausfordernde Lebenslagen, sei es Pflege, Gewalterfahrung, Flucht, Krankheit, psychische Belastung et cetera. Wir haben wirklich eine große Bandbreite, und das ist auch wichtig.

Wir haben hier in Berlin vor allem das große Glück, dass wir eine sehr große Expertise zu all diesen Themen haben, und ein Teil dieser Expertise sitzt heute, vertreten durch die Anzuhörenden, hier, denn die Expertise für die Bedarfe der queeren Community in ihrer ganzen Vielfalt wird natürlich auch von den vielen Projekten, von den großen und kleinen Trägern, die wir haben, aber auch von kleinen ehrenamtlichen Initiativen vertreten. Wir als SPD-Fraktion stehen für diese Vielfalt der Angebote und wollen sie in ihrer Bandbreite für die verschiedenen Zielgruppen erhalten.

Ein Schwerpunkt liegt durch den Besprechungspunkt der Opposition auf der queeren Jugendarbeit; deswegen will ich dazu auch kurz einen Satz sagen: Ich bin sehr froh, dass es in den letzten Jahren gelungen ist, in dieser Hinsicht noch dezentraler zu werden. Wenn wir schauen, womit wir angefangen haben, als diese Koalition 2023 gestartet ist, nämlich mit einem landesweiten Jugendzentrum in Pankow und einigen Angeboten in den Bezirken, dann stehen wir jetzt trotz der schwierigen Haushaltsberatungen, die wir hier miteinander auszuhalten hatten, doch besser da, denn wir haben jetzt weitere landesweite Jugendzentren und weitere dezentrale Angebote für queere Jugendliche in den Bezirken. Das freut mich erst einmal! Nennen können wir da die landesweiten Zentren in Spandau und Treptow-Köpenick, aber auch bezirkliche Strukturen wie zum Beispiel in Tempelhof oder auch in Lichtenberg. Wir sollten uns bewusst machen, dass das nicht selbstverständlich ist, und wir sollten es deswegen auch erhalten und unsere gemeinsame Kraft darauf richten.

Ich glaube, wir sind uns überfraktionell mit den demokratischen Fraktionen hier sehr einig, dass es sinnvoll ist, gerade dezentrale Angebote für queere Jugendliche zu haben, weil die Wege für queere Jugendliche in der Stadt im Alltag doch andere und wohnortnahe Angebote daher wichtig sind: Wichtige Orte, wichtige Safe Spaces, und auch für die Entwicklung der Jugendlichen wichtige Angebote, die wir erhalten wollen. Deswegen ist es gut, dass wir auch darauf einen Schwerpunkt legen.

Einiges wird wahrscheinlich noch einmal in der Debatte aufkommen, aber ich freue mich, dass es uns trotz der ganzen Schwierigkeiten, die wir mit dem Haushalt haben – so ist das, wenn man sparen muss; es war in den letzten Jahren in allen Haushaltsberatungen alles nicht so einfach – gelungen ist, dass wir den Schwerpunkt auf queere Projekte gelegt haben. Manchmal hat es die Kraft des Parlaments gebraucht, um Kürzungen zurückzunehmen und Streichungen wieder rückgängig zu machen. Das war, glaube ich, für uns alle und besonders für die Betroffenen, also die Projekte und ihre Nutzer, eine große Herausforderung und sehr belastend. Aber was zählt, ist das, was unter dem Strich steht, und das kann sich sehen lassen.

Wir sind als Koalition mit einer guten Ausgangslage gestartet, die natürlich darauf zurückgeht, dass auch die Koalitionen vor uns einen großen Schwerpunkt auf die Vielfalt der queeren Projekte in der Stadt gelegt haben. Wir haben das ausgebaut und wir haben es geschafft, Bestehendes zu halten und trotzdem noch neue Projekte und neue Angebote für die Stadt zu schaffen. – Jetzt bin ich gespannt auf den Austausch und das, was uns die Anzuhörenden mitgeben und vielleicht auch an Lücken und Bedarfen darstellen. – Danke!

**Vorsitzende Ülker Radziwill:** Jetzt hat für die Begründung von 3 a von der Seite der CDU-Fraktion Frau Knack das Wort. – Bitte!

**Lisa-Bettina Knack (CDU):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Meine Kollegin hat schon sehr viel gesagt. Ich freue mich auch sehr, dass die Anzuhörenden hier sind, und mit uns heute in den Diskurs gehen. Ich würde gern den Blick in die Zukunft richten, und zwar mit dem Schwerpunkt Wohnen. Ich glaube, das ist eine essenzielle Frage für die queere Community; ich weiß, dass dafür viel getan wird. Die Unterbringung, zum Beispiel in der Schwulenberatung mit queeren Jugend-WGs und dergleichen, ist mir tatsächlich ein Herzensanliegen. Man kann jetzt Bewerbungen bei RuT für Wohnungen einreichen, was im Endeffekt eine Art Stadtteilprojekt darstellt; die Schwulenberatung hat letztens zu einer Einweihung eingeladen – es sind viele Dinge am Laufen, auch mit den Bezirken.

Eine Einschätzung, wo man als Parlament noch nachsteuern und Hürden abbauen kann, um Verbesserungen bei der Umsetzung von solchen Projekten zu beschleunigen beziehungsweise zu vereinfachen und den Trägern einen Teil der Last abzunehmen, wäre für mich sehr interessant, und was von unserer Seite noch gemacht werden könnte und wo vielleicht wirklich noch blinde Flecken sind, die wir hier in Berlin haben. Wir haben, wie Frau Neumann gesagt hat, Gott sei Dank einiges geschafft, auch über den parlamentarischen Weg, dass alles so weit erhalten bleibt oder ausgebaut werden konnte, aber das ist natürlich streckenweise nicht ausreichend, und es gibt höchstwahrscheinlich blinde Flecken, wo man einen besonders hohen Bedarf konstatieren kann. Wo sehen Sie die und wo und in welchen Bereichen – Gesundheit, Bildung, Jugendarbeit – kann man nachsteuern? Oder ist vielleicht irgendetwas zu unbekannt, macht eigentlich gute Arbeit und sollte für queere Jugendliche viel mehr in den Fokus gerückt werden? – Vielen Dank!

**Vorsitzende Ülker Radziwill:** Für die Begründung zu Tagesordnungspunkt 3 b darf ich Herrn Dr. Lederer, der sich für die Linksfraktion gemeldet hat, das Wort geben, und danach Herrn Walter. – Bitte!

**Dr. Klaus Lederer (LINKE):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Es sind ja zwei Tagesordnungspunkte, die Überschneidungen haben, aber nicht komplett identisch sind. Der eine ist durchaus weiträumiger gefasst, wenngleich ich glaube, dass das Thema Wohnungs- und Obdachlosigkeit vielleicht doch bei Punkt 4 ein bisschen intensiver diskutiert werden kann, wenn wir nachher die Anhörung auswerten, die wir hier im Ausschuss hatten, und wir uns jetzt auf die Breite der Angebote konzentrieren sollten.

Bei Ihnen steht Gesundheit als ein wichtiger Aspekt, und auch den Bildungsbereich finde ich zentral wichtig, gerade weil wir ja wissen, dass in den Schulen die Situation strukturell mehr als prekär ist und ich auch nicht sicher bin, ob eine einfache Beschwerdestelle, wie wir sie gerade eingerichtet haben, das Problem löst. Wir haben den Schwerpunkt auf Jugendarbeit gesetzt. Da ist in der Tat in den vergangenen Jahren etwas passiert.

Mich würde von den Anzuhörenden, über deren Anwesenheit ich mich auch sehr freue, vor allem interessieren: Wie nehmen Sie die Strukturen wahr, in denen diese Angebote im Augenblick bereitgestellt werden müssen? Es ist viel über die Entbürokratisierung des Zuwendungsrechtes gesprochen worden; es wurde lang und breit über die Frage gesprochen, wie man längerfristige Sicherheit im Umgang mit den verfügbaren Haushaltsmitteln bekommt – die Höhe, ob es mehr oder weniger sind, ist jetzt einmal egal. Wichtig ist so etwas wie ein Planungshorizont, eine gewisse Sicherheit, eine gewisse Perspektive, um nicht jedes halbe Jahr die Fachkräfte mit allen Konsequenzen, die dahinter stecken, von Bord schicken und dann wieder an Bord holen zu müssen.

Wie nehmen Sie die Strukturen wahr, in denen diese Angebote im Augenblick bereitgestellt werden müssen? Es ist viel über die Entbürokratisierung des Zuwendungsrechts gesprochen worden, es ist lang und breit über die Frage, wie man längerfristige Sicherheit im Umgang mit den verfügbaren Haushaltsmitteln reinbekommt, gesprochen worden, jetzt mal egal von der Höhe, also ob das mehr oder weniger sind. Aber wichtig ist immer auch so etwas wie ein Planungshorizont, eine gewisse Sicherheit, eine gewisse Perspektive, um nicht alle halbe Jahre die Fachkräfte von Bord zu werfen und wieder an Bord holen zu müssen, mit allen Konsequenzen, die dahinterstecken. Wie nehmen Sie das wahr? Hat sich da irgendetwas zum Positiven verändert? Die Entbürokratisierung des Zuwendungsrechts ist ja mit großer Verve angegangen worden. Vielleicht können Sie uns dazu etwas sagen.

Das Zweite ist der inhaltlich-fachliche Aspekt. Ich konzentriere mich auf die Jugend. Wir wissen, dass Kinder und Jugendliche, die queer sind, ein zigfach höheres Suizidrisiko haben als diejenigen, die es nicht sind. Wir wissen, dass die Hürden, mit dem, was man da an sich entdeckt, umzugehen, enorm hoch sind. Was sind die geeigneten pädagogischen Möglichkeiten, um darauf zu reagieren? Welche Hilfen, welche Unterstützung braucht es? Sind wir dafür hier in der Stadt ausreichend gerüstet, oder sind wir es nicht, und an welchen Stellen müsste gegebenenfalls nachgelegt werden?

Letzte Frage – was mich insbesondere interessiert: Gibt es so etwas wie einen partnerschaftlichen Prozess der Planung dessen, was nötig ist, oder ist das eher eine Top-down-Veranstaltung, also rennt man sozusagen den Erwartungen hinterher, die im Laufe der Zeit immer mal wieder neu justiert aus den Verwaltungen an Sie herangetragen werden? – Vielen Dank!

**Vorsitzende Ülker Radziwill:** Herr Walter von den Grünen, Sie haben das Wort! – Bitte sehr!

**Sebastian Walter (GRÜNE):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch von mir erst mal herzlich willkommen und vielen Dank an die Anzuhörenden! Wir freuen uns sehr auf den Input und auf die anschließende Diskussion. Ich wollte noch mal kurz in Erinnerung rufen, dass Berlin das erste queere Jugendzentrum im Jahr 2018 eröffnet hat und im Vergleich zu anderen Städten wirklich deutlich hinterherhinkt. Wir haben uns da sehr gefeiert und alle darüber sehr gefreut, dass es gekommen ist, gleichzeitig war aber auch relativ schnell die Feststellung, dass ein queeres Jugendzentrum in Berlin wirklich nur einen Bruchteil derjenigen erreicht, die dort einen sicheren Ort für sich haben und dort auch hinkommen sollen. Wenn man sich allein überlegt, 14-, 15-jährige Jugendliche, die möglicherweise in Spandau leben, ungeoutet sind und dann irgendwie versuchen müssen, möglicherweise sogar heimlich, nach Prenzlauer Berg zu kommen, um dort das queere Jugendzentrum zu besuchen, ist das keine ideale Situation. Das ist klar. Insgesamt kann man darüber hinausgehend feststellen – deswegen ergibt es aus meiner Sicht Sinn, das heute zusammen zu diskutieren –, was die queere Infrastruktur in der ganzen Stadt angeht, dass es auch andere Gruppen und andere Bedarfe gibt, die vor Ort oder in den einzelnen Bezirken abgebildet werden müssen und wo im Moment die Situation von oben sehr ungesteuert ist, wo was denn genau wie stattfindet. Angesichts dessen, dass Berlin eigentlich aus zwölf Großstädten besteht, kann man sich nur wundern, dass es nach wie vor sehr große Lücken gibt, wo keine queere Infrastruktur, queere Unterstützungsstrukturen in unserer Stadt vorhanden sind.

Ich finde Fragen sehr interessant wie: Was kann über Regelstrukturen in den Bezirken geleistet werden? Für was braucht es aber auch eigene Strukturen? Ich finde Fragen wichtig und interessant, was die Finanzierung angeht. Wo müssen Bezirke möglicherweise mehr Verantwortung übernehmen, beispielsweise wie es der Bezirk Mitte mit der kompletten Finanzierung des eigenen queeren Jugendzentrums gemacht hat? Wo muss auch das Land möglicherweise stärker noch mal eine eigene Rolle in der Finanzierung sehen? Es gibt jetzt den Projektfonds mit den 200 000 Euro, die im Moment, und das finde ich richtig, schwerpunktmäßig in die infrastrukturelle Unterversorgung gehen sollen, insbesondere in den Ostteil der Stadt. Das kann aber nicht dauerhaft strukturelle Lücken schließen, sondern das ist eine Verstärkung, die hochwillkommen ist, aber die sicherlich nur an einzelnen Stellen punktuell für gewisse Zeiträume wirken kann.

Insofern wäre ich sehr interessiert, von Ihnen zu hören, wo Leerstellen oder Lücken sind, wie Sie die Strukturen in der Stadt sehen würden. Ich finde es spannend, dass in der Stadt gerade sehr viel passiert, auch in Bezirken, von denen man bislang nicht so viel wahrgenommen oder queerpolitisch auf der Agenda hat. Dazu gehört beispielsweise ausdrücklich Lichtenberg, wo gerade in den letzten Jahren, auch in der letzten Wahlperiode, wirklich sehr viel entstanden ist, aber auch in anderen Bezirken, wo Sie auch alle mit unterwegs sind, in den sogenannten Außenbezirken. Manchmal habe ich das Gefühl, wenn ich mir manches so angucke, dass auch viel neuer Aufbruch und Initiative vorhanden sind, die ich mir bei manchen Innenstadtbezirken, die zum Teil sehr rituell, habituell unterwegs sind, wünschen würde, aber ich würde denken, manchmal braucht es auch einen neuen Schwung an einzelnen Stellen. Insofern freue ich mich sehr auf den Austausch und auf Ihre Hinweise.

Zum Haushalt: Es ist richtig, dass es in den vergangenen Jahren dazu auch Kämpfe gab beziehungsweise die Haushaltssituation nicht die beste ist. Ich will und muss natürlich an der Stelle darauf hinweisen, dass die Frage, ob queere Jugendarbeit finanziert ist und auch queere Bildungsarbeit, die sich an Jugendliche richtet, nicht nur eine Frage des Haushalts war, sondern auch eine politische und hinter der Ablehnung dessen natürlich auch eine politische Agenda steckte. Das war ehrlicherweise schon mit der Bildungsverwaltung unter Senatorin Busse der Fall, wo wir gekämpft haben, und das ist jetzt mit Frau Günther-Wünsch der Fall, wo man massiv kämpfen muss. Ich bin dem Parlament sehr dankbar, dass die Mittel wieder zurückgekämpft wurden, aber dass unter anderem die queeren Jugendeinrichtungen beim letzten Haushalt von heute auf morgen völlig infrage gestellt worden sind, wie gesagt, aus politischen Gründen. Das war unhaltbar. Deswegen will ich zu dieser großen Erfolgsbilanz der Koalition zumindest sagen wollen: Es war nicht alles einfach in den letzten Jahren, und da hätte schon mehr Vertrauen auch in die Community ausstrahlen können. So weit vielleicht zur Einleitung und die ganzen Fragen, die wir haben. Ich freue mich auf die Debatte.

**Vorsitzende Ülker Radziwill:** Dann sind Sie, liebe Anzuhörende, an der Reihe, Ihre Stellungnahmen abzugeben. Ich hatte Sie vorhin in alphabetischer Reihenfolge begrüßt. Möchten Sie die Stellungnahmen auch in der Reihenfolge abgeben, oder haben Sie eventuell untereinander etwas abgestimmt? – Dann würde Frau Körner starten. Wir hatten eingangs gesagt, gute fünf Minuten, wenn es sechs oder sechseinhalb sind, ist es auch kein Drama. Vor Ihnen ist ein Monitor, unter dem Monitor ist eine Uhr, sie läuft mit, sobald Sie mit Ihrem ersten Wort starten. Viel Erfolg! – Bitte sehr!

**Constanze Körner** (Lesben Leben Familie – LesLeFam – e. V.; Geschäftsführende Leitung und Projektkoordination): Vielen Dank auch von mir für diese Einladung! Ich freue mich, dass ich hier sein kann. Die Einladung war sehr kurzfristig, aber nicht so kurzfristig, dass ich so spät rein kam, weil ich sie dann erst bekommen habe, sondern ich kam gerade aus dem Bundestag, weil dort gerade ein Fachgespräch zum Abstammungsrecht oder zum Reformstau des Abstammungsrechts stattfindet. Das gehört auch zu Berlin. Berlin ist nicht nur eine Landeshauptstadt, sondern auch eine Bundeshauptstadt, und so überlagern sich die queeren Themen und Expertisen.

Nichtsdestotrotz möchte ich aus der Perspektive, die ich vertrete, als LesLeFam hier berichten. Wir sind vor allem in den Ostbezirken der Stadt unterwegs, in den Bezirken Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und auch ein ganz kleines bisschen in Treptow-Köpenick. Wir haben sehr unterschiedliche Angebote wie das Regenbogenfamilienzentrum oder das queere Beratungszentrum Lichtenberg. Wir haben gerade die Lichtenberger Frauenwoche, wo wir als Trägerverein unterwegs sind. Wir haben Projekte in Marzahn-Hellersdorf, vor allem dort die BeRe, die Beratungsstelle Regenbogenfamilien. In Treptow-Köpenick strahlen wir einmal im Jahr mit dem queeren Herbstfest und sind aktiv im Team Queer. Das ist sozusagen das Arbeitsspektrum, wo wir uns vor allem befinden. Wir haben aber natürlich auch das berlinweite Projekt Lesbisch\*.Sichtbar.Berlin als Struktur -und Vernetzungsprojekt, wo wir mit ziemlich allen Trägern in der Stadt, die irgendetwas mit queerer Arbeit zu tun haben, vernetzt sind und gemeinsam Initiativen starten.

Unser Fokus liegt natürlich auf der Arbeit mit queeren Familien, mit Jugendlichen und deren Angehörigen, mit TiN-Personen, lesbischen Personen und im Q\*BeL sind alle Geschlechter, alle Queers willkommen. Das, was wir machen, sind vor allem Beratungen, Gruppenangebote, Vernetzungen und thematische Veranstaltungen. Wir versuchen, Begegnung als einen ganz wichtigen Moment in unserer Arbeit zu sehen. Seit circa zwei Jahren ist unsere Arbeit aber auch geprägt von Ängsten. Immer mehr Gewalt, Ablehnung und Diskriminierung, der Rechtsruck und die ganze Weltlage versetzt Queers in Angst und Schrecken. Wir merken, dass unsere Räume sicher sein sollten. Das ist das, was gerade am allerwichtigsten ist, dass queere Menschen sichere Räume aufsuchen können und Informationen zu ihrer spezifischen Lebenslage bekommen.

Wir haben immer mehr Anfragen zu Bildungsworkshops. Daran fehlt es überall. In Kitas, Schulen, Erzieherausbildung, in Hochschulen, Fachkräften, Sozialarbeit, Beratungsstellen wird nach dem Thema Queer gefragt, weil natürlich auch überall queere Menschen sind. Das können wir aber alles gar nicht abdecken. Es fehlt zum Beispiel beim Aspekt Gesundheit an Therapieplätzen und Wissen um queerfreundliche Medizinerinnen und Mediziner. Es fehlt auch an Vertrauen in Institutionen, vor allem in staatliche Institutionen wie Polizei, Standesämter und Behörden. Das berichtet uns auch unser Klientel. Es war auf jeden Fall ein falscher Weg, das Konsultationsangebot zum Beispiel für Regenbogenfamilien zu skippen und auch zu versuchen, in der queeren Bildung Abstriche zu machen. Hier braucht es viel mehr als das, was da ist und erhalten wurde. Es ist auch nicht nachhaltig, im Gießkannenprinzip für queere Veranstaltungen Gelder in die Bezirke zu gießen und uns ein bisschen Nice-to-have-Gelder zu geben. Wir brauchen die Stärkung der Strukturen. Wir brauchen nachhaltige Finanzierung unserer Gelder und auch der Gehälter unserer Mitarbeitenden, die wachsen, und das setzt uns als Träger jedes Jahr massiv unter Druck.

Um diese prekäre Arbeit zu machen, müssen wir das auch mit den prekär lebenden Menschen verlässlich machen. Ich weiß, dass wir in den Bezirken viel Unterstützung haben, aber die brauchen wir auch vom Senat. Es wurde das Thema Wohnen angesprochen. Wir sind gerade als LesLeFam Opfer eines Brands geworden. In Friedrichsfelde ist dieses Haus in Brand geraten, wo eine Familie gestorben ist, und das Löschwasser hat unsere Räume zerstört. Es ist nicht so einfach, aus einer solchen Situation herauszukommen, und da hoffen wir, dass die städtische Wohnungsbaugesellschaft hilft. Es geht bei queeren Einrichtungen nicht nur darum, Wohnorte zu schaffen, sondern auch uns Orte zu geben, wo wir unsere Arbeit machen können.

Soll ich noch etwas zu den Jugendlichen sagen? – Wir machen in Marzahn-Hellersdorf und im queeren Beratungszentrum Lichtenberg Angebote für queere Jugendliche. Wir haben so wenig Ressourcen, dass das nur maximal einmal in der Woche stattfinden kann. Die queeren Jugendlichen brauchen aber sehr viele Ressourcen, weil es meistens mit Jugendhilfe, Gesprächen der Sozialarbeit und auch den Angehörigen einhergeht. Das ist nicht nur einfach mal ein Begegnungsort, sondern da finden viele Gespräche statt, und die Jugendlichen haben oft auch suizidale Gedanken, was natürlich dann noch mehr Ressourcen fordert. Hier bräuchte es natürlich immer mehr. Das Wichtigste ist, dass es ein sicherer Ort ist, wo Jugendliche hingehen können. Gerade in den Bezirken ganz im Osten der Stadt ist es so, dass wir manchmal nicht nur die Jugendlichen, sondern auch unsere Mitarbeitenden nicht schützen können, weil wir dort von rechtsextremen Kräften bedroht werden. Deswegen freuen wir uns, wenn wir da Unterstützung bekommen, auch gerade im Bereich der Sicherheitskonzepte, um mit sicheren Räumen zu arbeiten. So weit erst mal von mir. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Ülker Radziwill:** Vielen Dank, Frau Körner, für Ihre Äußerungen! – Dann hat jetzt Frau Richter das Wort und kann gleich starten. – Wunderbar, bitte sehr!

**Christin Richter** (Schwulenberatung Berlin gGmbH, Abteilungsleitung V – Kinder und Jugend): Ich glaube, wir ergänzen uns ganz gut. Ich würde gern noch mal sagen, aus welchem Kontext ich komme. Ich bin für die Schwulenberatung tätig und das ungefähr seit zwei Jahren, für die Abteilung Kinder und Jugend. Das hatten wir schon gesagt. Um meine Perspektive vielleicht noch zu ergänzen: Ich war die zehn Jahre vorher im Schuldienst in Berlin an einer Gesamtschule tätig und habe vielleicht auch noch mal einen anderen Blick auf die Kinder und Jugendlichen und kann vielleicht noch ergänzen, was Frau Körner schon gesagt hat. Meine Abteilung ist neu gegründet worden. Ich habe mein Team hinter mir mitgebracht, und das ist eigentlich auch ganz schön, weil wir seit letzten Mittwoch 13 stationäre Plätze in der Niebührstraße anbieten können. Frau Knaack hat es schon angeführt. Wir sind ein sehr großer Träger, und ich darf das jetzt um die Kinder- und Jugendarbeit und auch um den ambulanten Bereich ergänzen.

Bevor ich meine Stellungnahme starte, vielleicht zu der Frage, die vorhin schon kam: Was fehlt? – Es fehlen vor allen Dingen Daten und die Bedarfe. Ich glaube, das ist ein ganz großer Punkt an die Senatsverwaltung. Es weiß immer gar nicht irgendjemand, wie viele Plätze wir benötigen oder was queere Jugendliche überhaupt benötigen. Da haben wir jetzt Verantwortung übernommen, aber das nur vorweg. Das war mir jetzt ganz wichtig, weil die Frage vorhin kam.

Insgesamt kann man schon sagen, dass Berlin im bundesweiten Vergleich sicherlich über eine bemerkenswert entwickelte Infrastruktur queerer Jugendarbeit verfügt, sicherlich auch in den Schulen. So ist es nicht. Träger wie wir, die wir anwesend sind, sind auch Teil des Arbeitskreises Queere Jugendhilfe. Das sind so viele zu nennen von Queerformat bis hin zu Lambda. Trialog sitzt hier auch. Wir leisten seit vielen Jahren professionelle Arbeit in Beratung, Bildung und Jugendhilfe. Diese Arbeit ist wichtig und wird zunehmend wichtiger auch in der aktuellen Situation, wie Frau Körner sie geschildert hat. Internationale Studien zeigen, dass sich die gesellschaftlichen Realitäten verändern. Laut einer internationalen Untersuchung des Meinungsforschungsinstituts Ipsos zum Beispiel identifizieren sich aktuell 9 Prozent der Generation Z zur LSBTI-Gemeinschaft zugehörig. Aktuell, die großen Zahlen variieren, definieren sich in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 7 bis 12 Prozent als queer. Nun kann man sich ungefähr ausrechnen, wie viele dazugehören. Diese Zahlen zeigen vor allen Dingen zwei Dinge: Vielfalt wird sichtbar, aber Diskriminierung verschwindet damit nicht automatisch.

Auch in Berlin erleben Fachkräfte in der Jugendarbeit eine steigende Nachfrage nach Beratungs- und Unterstützungsangeboten. Das kann ich aus dem Schuldienst einfach nur unterstützen. Gleichzeitig berichten Einrichtungen von zunehmenden psychosozialen Belastungen etwa durch familiäre Konflikte, Diskriminierungserfahrung oder auch Mobbing in Schule und Ausbildung. Da darf ich unseren Geschäftsführer zitieren:

„Es ist so, dass Schwuchtel – das habe ich so oft auf dem Schulhof gehört, und das möchte ich eigentlich gar nicht mehr – das meistgenutzte Schimpfwort bleibt, egal, wie viel man momentan dagegen anarbeitet“.

Queere Jugendarbeit erfüllt daher mehrere Funktionen gleichzeitig: Sie schafft Schutzräume, sie bietet Beratung und sie stärkt junge Menschen in ihrer Selbstwirksamkeit. Dabei ist ein Punkt besonders wichtig: Queere junge Menschen dürfen nicht nur auf ihre sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität reduziert werden, sie sind nicht in erster Linie queer, sie sind junge Menschen mit ganz unterschiedlichen Lebensentwürfen, Interessen und Zukunftsplänen. Die Aufgabe queerer Jugendarbeit besteht deshalb nicht nur darin, die Identität zu thematisieren, sondern junge Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben in dieser Gesellschaft vorzubereiten. Es geht um Bildung, soziale Teilhabe und die Fähigkeit, sich in einer vielfältigen Gesellschaft sicher zu bewegen. Gerade deshalb braucht es eine starke Infrastruktur, und hier zeigen sich in Berlin meiner Ansicht beziehungsweise unserer Ansicht nach viele oder vor allen Dingen drei große Herausforderungen: Erstens sind die bestehenden Angebote da, aber räumlich immer noch sehr ungleich verteilt. Es wurde gerade schon von den Grünen gesagt, es ist total problematisch, wenn man irgendwo in einem Randbezirk wohnt, sich dann outen zu müssen und dann erst einmal quer durch die Stadt zu fahren. Das ist kein Zustand, und das mögen die auch nicht so gern. Viele spezialisierte Einrichtungen befinden sich in innerstädtischen Bezirken wie Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg oder Neukölln. Außenbezirke haben da schon mehr Probleme, wie gesagt, für Jugendliche bedeutet das oft lange Wege oder gar keinen Zugang, der schnell erreichbar ist.

Zweitens: Ein erheblicher Teil der Angebote ist projektfinanziert, und diese Projektförderung kann Innovation sicherlich ermöglichen, das sehen wir auch, das haben wir in den letzten Jahrzehnten auch erlebt, aber für Jugendarbeit ist sie nur begrenzt geeignet, denn erfolgreiche pädagogische Arbeit basiert auf Vertrauen. Aus meiner Lehrerinnentätigkeit kann ich sagen,

es ist ganz viel Beziehungsarbeit und Kontinuität. Diese lassen sich nur schwer aufbauen, wenn diese Strukturen regelmäßig neu finanziert, neu ausgehandelt und Netzwerke neu aufgebaut werden müssen.

Drittens, und das ist vielleicht der wichtigste Punkt: Queere Jugendarbeit darf nicht ausschließlich in spezialisierten Projekten stattfinden. Viele Jugendliche suchen kein spezielles queeres Angebot, sie möchten einfach einen Jugendclub, eine Beratungsstelle oder vor allen Dingen eine Schule besuchen, in der sie selbstverständlich einfach dazugehören und nicht irgendwie seltsam sind. Deshalb braucht es nicht nur spezialisierte Einrichtungen, sondern eine queersensible Jugendhilfe insgesamt in Berlin. Das bedeutet vor allen Dingen konkret, dass Fachkräfte, also Lehrerinnen und Lehrer, Erziehende und Sozialarbeitende, Qualifizierung zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt benötigen. Einrichtungen sollten Diversitäts- und Antidiskriminierungskonzepte entwickeln. Das haben nicht viele. Präventionsarbeit gegen homo- und transfeindliche Gewalt muss systematisch verankert werden, denn Diskriminierung ist weiterhin Realität für viele junge Menschen. Das wird mir auch von ehemaligen Schülerinnen und Schülern immer noch zugetragen und jetzt auch in unserer Arbeit hier tagtäglich.

Die Frage lautet also nicht nur, ob queere Jugendarbeit notwendig ist, sondern wie wir sie strukturell so aufstellen können, dass sie langfristig wirksam sein kann. Daraus ergeben sich meiner Ansicht nach drei große Handlungsfelder: Das Erste ist, dass die bestehenden Angebote verlässlich finanziert und strukturell abgesichert werden müssen. Das ist gerade in der letzten Zeit für uns alle ein sehr großer Schlag gewesen, gerade vor einem Jahr. Zweitens: Es braucht eine stärkere sozialräumliche Verteilung queerer Angebote, insbesondere in bislang unterversorgten Bezirken. Und Drittens: Queersensibilität muss Teil der Regelstrukturen der Jugendhilfe werden, nicht ausschließlich Aufgabe spezialisierter Projekte.

Berlin hat in diesem Bereich sicherlich bereits viele wichtige Schritte gemacht. Gleichzeitig zeigt sich aber auch, dass dieser Bedarf stark anwächst. Das sehen wir im stationären als auch im ambulanten Bereich. Wenn wir wollen, dass junge Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität gleiche Chancen auf Teilhabe haben, dann braucht es nicht nur die gesellschaftliche Offenheit, sondern auch die entsprechenden sozialen Strukturen. Queere Jugendarbeit ist deshalb kein Randthema der Jugendpolitik. Sie ist Teil einer modernen inklusiven Jugendhilfe. Queere junge Menschen brauchen nicht nur Schutzräume, sie brauchen vor allen Dingen Chancen, und die Aufgabe der Jugendhilfe ist es, junge Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben vorzubereiten, nicht auf eine einzelne Eigenschaft zu reduzieren, und wenn uns das gelingt, stärken wir nicht nur queere Jugendliche, sondern – das ist mir als eigentlich Politiklehrerin besonders wichtig – wir stärken eine offene und demokratische Gesellschaft insgesamt, wenn wir auf alle achten.

**Vorsitzende Ülker Radziwill:** Vielen Dank, Frau Richter, auch für Ihre Worte! Schön, dass Sie Verstärkung mitgebracht haben. Ich will auch die Gäste hier im Raum ganz herzlich begrüßen! Die Abgeordneten dürfen hier so ziemlich alles machen, applaudieren gehört auch dazu, Sie haben die Chance, nur zuzuhören und still zu lauschen. Das ist leider das Spiel hier, aber Sie machen das wunderbar. Noch mal herzlich willkommen! – Dann ist jetzt Herr Winkler-Schwarz mit seiner Stellungnahme dran.

**Florian Winkler-Schwarz** (Lesben- und Schwulenverband in Deutschland – LSVD –, Landesverband Berlin-Brandenburg e. V.; Geschäftsführer): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Freundinnen und Freunde aus der queeren Community! Vielen Dank erst mal für die Einladung, hier sprechen zu dürfen! Ich vertrete den LSVD für Berlin und Brandenburg, und wie Sie wissen, sind wir einer der großen Player im queeren Bereich, was die Projekte angeht, sehr vielfältig aufgestellt. Ich habe Ihnen drei Beispiele aus unserer täglichen Arbeit mitgebracht, die Ihnen gut veranschaulichen, wie es um die Infrastruktur in dieser Stadt steht. Berlin nennt sich gern die Regenbogenhauptstadt. Dazu braucht es auch eine entsprechende Infrastruktur. Das ist also ganz klar die Forderung. Das Hauptthema, mit dem wir uns im Verband und in den Projekten ständig beschäftigen müssen, ist die Gewalt gegen queere Menschen. Es muss ganz oben auf der Agenda stehen, dass wir alle gemeinsam Maßnahmen ergreifen und diese Gewaltzahlen, die statistisch gut erfasst sind und trotzdem eine große Dunkelziffer zulassen, mehr und mehr nach unten drücken. Das können wir durch verschiedene Angebote machen, die es in Berlin schon installiert gibt. Ich fange an, über die Bildungsarbeit an Berliner Schulen zu sprechen. Wir sind Träger, wir gehen an Berliner Schulen, wir gehen dorthin mit einem wunderbaren pädagogischen Team. Wir gehen vor allem an die Schulen, die als herausfordernde Schulen gelten. Die Wahrheit ist nicht, dass wir unser Angebot groß anpreisen müssen, sondern dass der Bedarf aus den Schulen heraus extrem hoch ist. Berlin hat, rund 15 Prozent der Bevölkerung verorten sich als queer, einen großen Bedarf, diese Themen auch im Schulalltag zu behandeln. Deswegen ist unsere Anfragemenge so groß, dass ich für dieses Jahr schon sagen kann, dass wir gar keinen freien Slot mehr an Schulworkshops anbieten können, weil sie alle schon besetzt sind. Wenn ich auf spezielle Zeiten gucke, zum Beispiel vor den Sommerferien oder den Winterferien, dann kann ich Ihnen jetzt schon sagen, dass für die nächsten zwei Jahre alle unsere Workshops bereits ausgebucht sind. Die Anfrage ist enorm, und für uns ist diese Arbeit vor allem in den Schulen Gewaltprävention. Wenn wir alle immer hier sitzen und die hohen Zahlen der Gewaltstatistiken beklagen, dann müssen wir da anfangen, wo wir als Erstes wirken können, und das ist an Schulen. Deswegen geht es dort also nicht nur um sexuelle und geschlechtliche Vielfalt. Es geht vor allem um Antidiskriminierungsarbeit, und es geht auch um demokratiebildende Maßnahmen, die in diesen politischen Zeiten wichtiger denn je sind. Dafür braucht es eine gute Ausfinanzierung. Wir haben verschiedene Projekte oder Trägerinnen und Träger in Berlin, die in Schulen gehen, und wir haben für alle Platz. Es könnte viel mehr sein, um den Bedarfen der Schulen überhaupt gerecht zu werden.

Ein zweites Projekt, das ich Ihnen mitbringe, ist unser Q\*topia. Das ist unsere queere Jugendeinrichtung, die wir in Reinickendorf betreiben, dort mit bezirklichen Mitteln. Auch dort ist die Ausstattung leider mehr als mau. Wir sind im dritten Jahr unserer Einrichtung und haben immer noch keine festen Räume. Das ist bedauerlich für so etwas Wichtiges, denn die Kinder, die wir dort nach der Schule betreuen, bespaßen wir nicht nur mit Freizeitangeboten, sondern für manche ist das teilweise die einzige warme Mahlzeit, die wir ihnen durch das Angebot dort bieten können. Es macht mich ziemlich traurig, dass wir es nicht in Berlin hinbekommen, solche Einrichtungen gut infrastrukturell auszustatten, damit meine ich mit einem guten Personalschlüssel, aber auch mit den notwendigen Räumen, die solche Angebote brauchen. Wir können momentan glücklicherweise im Jugendzentrum in Reinickendorf mit unterkommen, aber das ist keine ideale Situation, weil die Bedarfe von queeren Menschen oft nach einem Schutzraum enorm hoch sind, und die sind nicht immer in den Regeleinrichtungsstrukturen gegeben.

Damit komme ich zum dritten Punkt, und das ist wahrscheinlich einer, wo wir im LSVD sehr deutlich sehen, wie sich Gewalt auswirkt. Wir betreiben in Berlin zusammen mit der AWO 15 Schutzwohnungen für queere Menschen, die von Gewalt betroffen sind. Wir sehen also dort die allerschlimmsten Fälle von Gewaltzuwächsen. 15 Wohnungen klingt vielleicht auf den ersten Blick viel, aber alleine die Bedarfsermittlung aus dem letzten Jahr, die ich Ihnen mitgebracht habe, zeigt, dass 50 Schutzwohnungen notwendig gewesen wären, um allen Anfragen, die wir in diesem Bereich haben, wirklich gerecht zu werden. Das heißt, wir können dort nur einen Tropfen auf den heißen Stein leisten, der aber umso wichtiger und essenziell ist. Dort sind Menschen, die von Zwangsehen, die von schwersten Folgen traumatisierter Gewalt betroffen sind. Da möchte ich auch, wenn ich nicht so sehr den Blick zurück auf die Haushaltsverhandlungen lenken will, trotzdem doch noch mal darum werben, dass gerade solche Einrichtungen und Infrastrukturen eine verlässliche Finanzierung und Sicherheit brauchen. In einer Schutzwohnung oder in Schutzwohnungen immer ab Herbst zu befürchten, dass es im nächsten Jahr vielleicht nicht mehr weitergeht, ist nicht so schön. Wir würden uns wünschen, in langjährige Perspektiven zu kommen.

Damit möchte ich auch abschließen, auch mit der Frage, die Dr. Klaus Lederer zu den Vereinfachungen im Zuwendungsrecht stellte. Na ja, so viel einfacher ist es tatsächlich nicht geworden. Es gibt Bestandteile, die machen uns die Arbeit leichter. Das muss man auch anerkennen. Die Möglichkeit zwischen Sach- und Personalkosten anders zu schieben, macht es uns als Träger leichter. Was wir uns aber dennoch als Träger wünschen würden, ist eine Entbürokratisierung. Diese Art von Antragsverfahren, die wir jedes Jahr leisten und auch das, was wir alle gemeinsam hier im Herbst letzten Jahres durchgemacht haben, und an dieser Stelle auch mal danke an alle im Raum, die sich eingesetzt haben, eine queere Infrastruktur zu erhalten! Es zehrt so viel unserer eigentlichen Ressourcen, die wir dafür gern verwenden würden, das zu tun, wofür wir da sind, nämlich queere Menschen zu unterstützen und nicht ständig in Sorge um Finanzierung und Verwaltungsarbeit zu sein. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Ülker Radziwill:** Vielen Dank auch an Sie, Herr Winkler-Schwarz! – Ich möchte mich ganz herzlich im Namen der Kolleginnen und Kollegen für die geleistete Arbeit, die Sie machen, bedanken, denn mit Ihrer Arbeit unterstützen Sie sehr viel queere Menschen in dieser Stadt, und das wird auch von uns politisch unterstützt. Also noch mal ein herzliches Dankeschön für Ihre Arbeit!

Jetzt ist die Runde der Abgeordneten dran, die mit ihren Fragen kommen. Zuvor hat aber noch der Staatssekretär für die Stellungnahme des Senats das Wort. Wir nehmen hier schon Wortmeldungen auf, wenn die Abgeordneten sich melden, und das tun sie auch schon. Wunderbar! – Herr Staatssekretär, bitte!

**Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA):** Erst mal vielen herzlichen Dank für die tollen Darstellungen und Berichte! Vielleicht noch ein paar Anmerkungen vorab: Sie wissen, dass wir auch nicht aus ganz einfachen haushalterischen Zeiten kommen und trotzdem versucht haben, partnerschaftlich auf Augenhöhe entweder zu kommunizieren, aber natürlich auch für jedes einzelne Projekt gekämpft und dort aber natürlich auch Schwerpunkte gesetzt haben. Ich glaube, das war an der einen oder anderen Stelle nicht immer ganz einfach, aber im Großen und Ganzen war das ein Prozess, wo wir mit den Sachzwängen, die wir haben, und Sie uns mit Ihrer Expertise, die Sie haben, begleitet haben, und deswegen noch mal vielen

Dank. Ich glaube, unterm Strich haben wir dann auch doch ganz gute Ergebnisse hinbekommen.

Deswegen auch noch mal eingangs, lieber Florian Winkler-Schwarz, das Thema, dass es einfacher ist, liegt nicht an der Reform des Zuwendungsrechts, sondern in der Umstellung, die wir vorgenommen haben, dass wir die Anteilsfinanzierung eingeführt haben. Dafür wurden wir hier im Parlament auch ein bisschen verkloppt, wenn wir uns erinnern, aber man sieht heute zum Beispiel auch Berichte, wie zum Beispiel 10 Prozent Eigenanteil und so weiter, durch die Presse gehen. Da sind wir mit den 2 Prozent einer gewissen Vereinfachung für Verwaltung und Projekte dann doch ganz gut gefahren. Auf der anderen Seite haben wir natürlich trotzdem vor, das Zuwendungsrecht noch mal anzupassen oder irgendwann mit einem Demokratiefördergesetz so etwas wie wiederkehrende Bedarfe und so weiter uns dann auch noch mal anzuschauen, sodass wir Strukturen und Dinge, die immer wieder gebraucht werden, die zur Grundversorgung gehören, auch abzusichern. Das eingangs so ein Stück weit.

Darüber hinaus haben Sie noch mal sehr schön dargestellt, wie vielfältig und umfangreich queere Infrastruktur, queeres Leben in Berlin ist. Da muss man ehrlicherweise sagen, dass ein großer Anteil auch mit Ihrer Arbeit zu tun hat, aber auch mit den vielen Menschen, die daran arbeiten und wir als Verwaltung da ein Stück weit immer sehr unterstützen, aber auch das Gefühl haben, fast ein bisschen zu wenig zu tun, weil das Engagement, die Initiativen so stark, so breit aufgestellt und alle Farben im Regenbogen im Blick habend unterwegs sind. Auch dafür noch mal vielen herzlichen Dank!

Wir haben eine bundesweit einzigartige queere Infrastruktur, aber – Sie haben es gerade dargestellt – wir haben auch Probleme und Herausforderungen. Insbesondere der Berliner Senat versucht natürlich immer, mit Aktionsplänen, mit Maßnahmen dagegen zu steuern. Ein wichtiger Meilenstein war gleich am Anfang dieser Koalition das Update der IGSV, die auch die Verwaltung immer wieder bündelt und auch Maßnahmen festschreibt. Dort sind viele Maßnahmen im Querschnitt immer wieder verankert und die Verwaltung aufgefordert, Punkte zu bringen. Auch wir als Verwaltung konnten trotz schwieriger Haushaltslage – ich sagte es – viele Maßnahmen fortführen und sogar auch neue anpacken.

Darüber hinaus wurde es noch mal deutlich, dass wir ein Problem mit queerfeindlicher Gewalt in dieser Stadt haben. Dort sind wir gerade in den letzten Zügen, dass wir dann auch die Landesstrategie gegen Queerfeindlichkeit in den Senat bringen. Das ist praktisch gar nicht mehr politisch so weit umstritten, sondern hat ein Stück weit mit organisatorischen Fragen zu tun: Welche Vorlage kann wann reinkommen? Weil die Senatorin krankheitsbedingt gerade nicht da ist. Das bedeutet, wir sind dort eigentlich fertig, müssen uns aber noch ein Stück weit gedulden, damit wir das dann entsprechend würdigen können. Auch dort kann ich für meine Verwaltung sagen, dass wir dort finanzielle Absicherung und Vorsorge getroffen haben, um diese Landesstrategie dann von unserer Perspektive aus mit Leben zu füllen.

Zu Diskriminierung im Gesundheitswesen: Es war mir zum Beispiel wichtig, gleich am Anfang eine Fachstelle gegen Diskriminierung im Gesundheitswesen, die ein Stück weit redaktionell oder wie auch immer im Koalitionsvertrag nicht mehr auftauchte, trotzdem durchzusetzen. Die ist letztes Jahr, glaube ich, an den Start gegangen. Darüber hinaus haben wir auch etablierte Projekte, wie StandUp, die auch Beratungen bei Diskriminierung im Gesundheitswesen anbieten. Darüber hinaus gibt es natürlich auch in der Landesstrategie immer wieder Anknüpfungspunkte gegen Gewalt, gegen Diskriminierung auch im Gesundheitswesen. Darüber hinaus fördern wir natürlich auch einzelne queerspezifische und psychosoziale Angebote bei der Schwulenberatung. Das war, glaube ich, auch ein ganz wichtiger Punkt, dass wir das gestärkt haben, dass wir politisch auch ein Stück weit gesagt haben: Dort setzten wir einen Schwerpunkt, aber natürlich auch bei der Lesbenberatung Berlin.

Die letzten Jahre waren für queere Bildung nicht einfach. Das muss man ganz deutlich sagen. Ich glaube, da gab es ein Stück Kulturkampf, und Sie wissen ganz genau, wo wir da standen, wo wir da auch an vielen Punkten standgehalten haben. Es ist besonders beschämend, dass eigentlich die vulnerabelste Gruppe, die eigentlich in vielen politischen Situationen Vertrauen und Sicherheit braucht, alleingelassen wurde. Wir haben versucht, mit Notfallfonds, mit verschiedenen, natürlich auch politischen Äußerungen, noch mal darauf hinzuarbeiten, dass Jugend- und Bildungsprojekte sicherer gemacht werden und dass wir die auch weiterführen können. Ich nenne Ihnen beispielsweise die Kompetenzstelle i-PÄD – intersektionale Pädagogik – oder die eben angesprochene Kinder- und Jugendberatung der Inter\*Trans\*Beratung

Queer Leben. Das sind Punkte, die uns ganz besonders wichtig waren, die wir nicht einfach so leisten konnten, wo wir hin- und herschieben mussten und ich meiner Verwaltung sehr dankbar bin, dass sie so flexibel und so schnell handeln konnte. Deswegen ist es auch immer wieder ein wichtiges Zeichen, dass es dort qualifizierte Menschen gibt, die einen Blick darauf haben, dass Schülerinnen und Schüler Beratungsbedarf haben, wenn sie trans, inter oder nicht-binär sind.

Sie haben auch das Thema der Jugendarbeit dargestellt. Natürlich sind wir davon überzeugt, dass es mehr queere oder auch queersensible Jugendzentren braucht. Das ist einerseits Selbstorganisation, aber natürlich auch ein Thema, das wir staatlich unterstützen sollten. Deswegen fördern wir auch das Jugendnetzwerk Lambda durch die Kooperation zwischen der Jugendverwaltung und den Bezirken, in acht Berliner Bezirken, um dort Jugendzentren etablieren zu können.

Darüber hinaus haben wir uns in den Richtlinien der Regierungspolitik vorgenommen, das, was Sie gerade dargestellt haben, noch mal ein bisschen auszubauen. Da geht es um unterrepräsentierte Stadtteile. Jeder kennt den Regenbogenkiez. Jeder kennt queere Orte in dieser Stadt, aber wir haben sehr viele Angebote in der Innenstadt, was gut ist, auf die wir natürlich auch setzen. Aber natürlich muss man auch im Blick haben, dass zwei Drittel der Berlinerinnen und Berliner nicht in der Innenstadt wohnen. Das bedeutet, dort brauchen wir natürlich auch Angebote, und dadurch ist die Idee entstanden, das Bezirksförderprogramm „Queeres Leben in den Bezirken“ in der Verantwortung der Ansprechperson Queeres Berlin aufzulegen. Damit haben wir die Bezirke gestärkt. Damit haben wir auch den Queerbeauftragten in den Bezirken noch mal Instrumente in die Hand gegeben, genau vor Ort von den Praktikerinnen und Praktikern Angebote an den Start zu bringen.

Sie sehen, wir haben eine Vielzahl von Maßnahmen und Aktionen in den letzten drei Jahren durchgeführt, aber ich würde unterm Strich sagen, dass es immer noch zu wenig ist, dass wir dort auch noch weiterhin großen Handlungsbedarf haben. Wir haben vor allem Handlungsbedarf, es fehlen nicht so viele Erkenntnisse, sondern wir haben ein sehr professionell aufgestelltes Monitoring und andere Punkte. Wir sehen aber, dass das Bedarfe sind, die wir an vielen Stellen nicht erfüllen können.

Zu guter Letzt, liebe Frau Körner: Wir hatten, nachdem dieses schreckliche Ereignis stattgefunden hat, relativ zeitnah telefoniert. Wir haben Ihnen unsere Solidarität und wenn möglich unsere Unterstützung angeboten und möchten Ihnen und Ihrem Team noch mal ausdrücken, dass wir in dieser schwierigen Situation immer ansprechbar sind, weil das natürlich die Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt, es aber wahrscheinlich auch emotional nicht einfach ist. Deswegen stehen wir Ihnen da gern zur Seite. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Ülker Radziwill:** Dann sind jetzt die Abgeordneten dran. Ich habe Wortmeldungen von Herrn Dr. Lederer, Frau Neumann, Herr Walter und Frau Knack. Ich habe eine kleine Bitte: Die Anzuhörenden haben sich auf ungefähr sechs bis sieben Minuten konzentriert, vielleicht sollten die Abgeordneten nicht wesentlich länger reden. Das wäre nur eine Empfehlung. Ich kann es Ihnen nicht verbieten, aber man kann ja Wünsche äußern. — Herr Dr. Lederer, bitte sehr!

**Dr. Klaus Lederer (LINKE):** Ich glaube, wir können ganz schön viel Zeit sparen, wenn wir auf das auf die Schulter klopfen und das Selbstlob verzichten. Man hat zwischenzeitlich den Eindruck, man wird hier Zeuge einer Selbstheiligsprechung der Koalition für ihre großartige Arbeit, aber das bringt uns nicht wirklich voran.

Zu den Fragen: Ich versuche, mich auf Jugend und Bildung zu konzentrieren, vor allem auch eine Infrastrukturgeschichte. Frau Richter! Sie sagten, Sie waren selbst in der Schule, jetzt sind Sie bei einem Träger. Vielleicht können Sie aus Ihrer Perspektive, da Sie jetzt nun beides kennen, eine Einschätzung dazu geben, wie im Regelbetrieb der Schule mit solchen Themen umgegangen wird. Können Sie uns dazu möglicherweise etwas sagen? Gibt es da Professionalität? Das würde mich schon interessieren. Zur Jugendarbeit an alle drei, wenn Sie alle drei etwas dazu sagen können: Die Jugendhilfeplanung ist nach SGB VIII durchaus kollegial gemeinsam mit den Trägern zu veranstalten. Sie fällt eigentlich nicht vom Himmel, Behörden sagen: Macht mal das und das und das, sondern eigentlich entwickelt man das miteinander. Wie nehmen Sie das da wahr, wo Sie selbst vor Ort unterwegs sind? Machen die Bezirke jeweils eigene Jugendhilfeplanungen? Und vor allem, wie nehmen Sie das Zusammenwirken von Land und Bezirken wahr? Wir haben gerade bei queerer Jugendarbeit das Thema, manche Bezirke finanzieren etwas, manche Landesebene finanziert etwas, und dann gibt es auch noch Doppelfinanzierungen, dass man miteinander finanziert. Ich stelle es mir schwer vor, unter solchen Bedingungen auf zwei Ebenen eine vernünftige, abgestimmte, zielgenaue Geschichte hinzubekommen, jetzt mal unabhängig von den Risiken bei der Finanzierung.

Dann interessiert mich: Wie nehmen Sie das Umfeld wahr? Wie ist gerade die Personalgewinnungssituation, Fachkräftegewinnungssituation, die Situation, die Leute zu halten? Wie sieht es mit Supervision aus, mit der Begleitung in schwierigen Problemlagen? Wie sieht es im Umfeld aus, bei der Gewinnung von Räumen, von Spaces, um die Arbeit machen zu können? Vielleicht auch ein bisschen eine Einschätzung dazu, wie sich die Dinge entwickeln.

Dann hätte ich noch eine Frage an den Senat. Sie haben eben gesagt, Herr Staatssekretär, dass die Veränderungen, auf die Florian Winkler-Schwarz eingegangen ist, gar nicht so sehr mit der Reform des Zuwendungsrechts zu tun haben, sondern mit der Umstellung bei Ihnen. Was planen Sie denn da noch? Was passiert denn da jetzt noch? Kommen da noch Dinge, die möglicherweise in der Perspektive für Erleichterungen sorgen? Mich interessiert natürlich auch: Gibt es irgendeine Möglichkeit, mal davon wegzukommen, dass man immer für drei Monate Bescheide ausreicht? Sie haben vorhin gesagt, es sind für drei Monate Bescheide ausgereicht worden. Dann geht der ganze Spaß immer wieder von vorne los. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, erfahren die Träger auch erst am Ende des Jahres, ob sie nun ihre Tarife bezahlt bekommen oder nicht. Das ist alles irgendwie misslich. Gibt es da nicht irgendeine Möglichkeit, dass man da ein bisschen mehr Berechenbarkeit im Verwaltungshandeln reinbekommt? Ich stelle mir das aus der Perspektive der Träger als eine ziemlich bizarre Situation vor.

**Vorsitzende Ülker Radziwill:** Vielen Dank! – Frau Neumann, Sie haben das Wort!

**Wiebke Neumann (SPD):** Vielen Dank! – Ich habe eine ganze Reihe Fragen. Zum einen haben wir auch über die Vielfalt der Angebote gesprochen. Da wäre eine Einschätzung von Ihnen sehr hilfreich, ob ein Wegweiser sinnvoll wäre, sei es ein Onlineportal oder was auch immer, also dass man quasi das passende Angebot für die jeweilige Person besser und leichter findet und dann auch am richtigen Ort, denn es gibt schon eine Vielfalt an Angeboten als auch

an Orten, wo die stattfinden. Vielleicht ist es nicht immer so leicht, das Passende für alle zu finden. Wir sehen an den Bedarfen, dass schon sehr viele an den richtigen Stellen ankommen, aber ich glaube, da ist noch ein bisschen Luft nach oben. Vielleicht gibt es irgendwie einen Weg, wie wir das noch besser machen können.

Dann wurde das Thema angesprochen, dass wir Schutzräume gerade für queere Jugendliche brauchen und dass es aber auch gleichzeitig wichtig ist, dass in den Regelstrukturen Queersensibilität da ist. Das teilen wir, und das ist auch kein Entweder-oder, sondern wir brauchen tatsächlich beides. Da würde mich interessieren, ob es gerade bei der Queersensibilität in Strukturen aus Ihrer Arbeit gute Beispiele gibt, wo Behörden oder Institutionen das vorbildlich machen. Das ist auch immer etwas, wovon man lernen kann, und da sind Sie natürlich am nächsten dran.

Dann haben wir auch über Lücken gesprochen. Die geografische Lücke wurde hier mehrfach genannt, dass wir bei dezentralen Angeboten noch ein paar weiße Flecken in der Stadt haben. Gibt es denn aus Ihrer Sicht auch noch inhaltliche Lücken an Bedarfen, an Beratungsangeboten vielleicht auch für Zielgruppen, die wir noch gar nicht so bedacht haben? Wir entwickeln uns da auch immer weiter. Dass wir jetzt auch Angebote für Bi-Personen in Berlin haben, ist noch relativ neu. Das hat sich auch so ein bisschen aus der Community heraus und den Bedarfen, die da formuliert wurden, entwickelt. Vielleicht gibt es da auch noch Sachen, die Ihnen da besonders aufgefallen sind.

Als Letztes würde mich in Richtung Gesundheitsangebote und vielleicht auch an die psychosozialen Angebote, die teilweise bei der LADS, aber teilweise auch bei der Gesundheitsverwaltung angesiedelt sind, interessieren – ich weiß nicht, ob Sie das als Anzuhörende so gut beantworten können oder vielleicht auch der Gesundheitsverwaltung –, ob es da Erkenntnisse zu den Bedarfen gibt. Gefühlt, und nach anekdotischer Evidenz, würde ich sagen, dass das enorm gestiegen ist, in den letzten Jahren gerade der Bedarf an psychosozialer Beratung aufgrund all der Sachen, die wir insgesamt gesellschaftlich haben, aber natürlich auch, weil oft besondere Belastungen und Stress auf queeren Personen lastet, aus den vielen Gründen, die wir hier oft diskutieren. Da würde mich interessieren, ob es da Erkenntnisse gibt. – Danke!

**Vorsitzende Ülker Radziwill:** Herr Walter, Sie haben das Wort!

**Sebastian Walter (GRÜNE):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Zunächst vielen Dank an die Anzuhörenden für Ihre Stellungnahmen. Sie haben noch mal die wirklich krasse Notwendigkeit hier in den Raum reingetragen, was eine verlässliche queere Infrastruktur in der Stadt angeht, und ich bin Ihnen auch dankbar und fand es eindringlich, dass Sie noch mal an einzelnen Stellen darauf hingewiesen haben, was das denn genau in der Praxis, in der Lebenspraxis bedeutet, dass es nicht möglich ist, queere Jugendliche in dem Umfang zu beraten, wie es eigentlich notwendig wäre, und da geht es – mir ist es im Ohr noch erinnerlich – auch um die Frage: Gibt es da Überlegungen, was Suizid angeht? Wir reden von sehr krassen Handlungsbedarfen. Insofern: Nochmals danke für diese Eindringlichkeit!

Ich würde mit der Frage nach den größten Lücken anschließen wollen, ob Sie da Sachen sehen, die man besonders dringlich auf den Weg bringen muss. Ich erinnere mich an Gespräche in Außenbezirken, die sagten: Egal, was kommt, eigentlich brauchen wir erst mal einen Ort, wo sich überhaupt erst mal queere Menschen treffen können oder wo auch Angebote geschaf-

fen werden. Das ist die Voraussetzung für alles, bevor ihr darüber nachdenkt, Beratungen und so weiter zu machen. Ich weiß nicht, ob dieser Eindruck täuscht oder ob es auch andere Baustellen gibt, über die man vielleicht als Erstes nachdenken muss, bevor man Sachen ausrollt.

Die zweite Frage ist: Welchen Eindruck haben Sie, welche Gruppen innerhalb der queeren Community aktuell nicht erreicht werden, also gerade auch im Hinblick auf Außenbezirke und im Hinblick auf Regionen, die vielleicht noch nicht so die Angebote haben? Fallen bestimmte Gruppen besonders durch das Raster, möglicherweise, weil Zugangsbarrieren zu hoch sind, die soziale Situationen oder die sozialen Voraussetzungen, bestimmte Angebote wahrzunehmen, nicht gegeben sind, Mehrfachdiskriminierung eine Rolle spielt? Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen.

Ich will noch kurz zu dem viel gelobten Projektfonds für die Bezirke nachfragen. Was ich jetzt gehört habe, nicht von Ihnen, aber aus den Bezirken heraus, ist, dass für die Antragsfrist fünf Tage vorgegeben waren und viele Träger gesagt haben, sie schaffen es nicht, den Bezirken irgendetwas rückmelden zu können, weil es völlig illusorisch, innerhalb von fünf Tagen eine Rückmeldung zu geben. Ich frage mal allgemein politisch: Kann aus Ihrer Sicht dieser Projektfonds diese Lücken schließen, von denen Sie vorhin berichtet haben?

Dann interessiert mich auch zu dieser Frage zu den Regelstrukturen, die hier schon mehrfach aufkam, Ihre Perspektive. Wo können wir Regelstrukturen gezielt verstärken? Wo aber braucht es eigene Strukturen? Wie ist die Zusammenarbeit möglicherweise mit den Bezirksämtern? Wird da Expertise abgefragt? Gibt es da eine Zugänglichkeit, oder ist es eher so, dass Sie auf die Institutionen zugehen müssen, dass man sich da ein Stück weit reindrängen muss und so weiter und so fort? Wie geht es mit der Umsetzung dieses Wunsches in der Praxis eigentlich voran?

An den Senat hätte ich die Frage nach den Regelstrukturen auch. Mein Eindruck ist, dass der Senat da Schwerpunkte hat, auch in die einzelnen Bereiche hinein. Das ist völlig richtig und auch gut so, dass zum Beispiel das queere Jugendzentrum von Senatsseite gefördert wird. Auf der anderen Seite ist aber die Frage: Was macht eigentlich die Bildungsverwaltung? Was macht eigentlich die Gesundheitsverwaltung? Wie kann man Regelstrukturen aufbauen und schaffen? Gibt es da Gespräche mit den Bezirken? Gibt es da Gespräche mit der Bildungsverwaltung? Mein Eindruck ist, dass bei der Bildungsverwaltung gerade queerpolitisch überhaupt gar nichts passiert, und das ist dramatisch angesichts dessen, was hier auch noch mal geschildert worden ist, dass die Bedarfe insbesondere bei den Aufklärungsprojekten enorm hoch sind. Wenn es richtig ist, was Sie gesagt haben, dass jetzt schon quasi über Jahre hinweg vorausgebucht wird, was Aufklärungsprojekten an Schulen angeht, dann ist das eine krasse Situation. Dann ist auch die Frage: Inwieweit kann eine Strategie gegen Queerfeindlichkeit überhaupt helfen, wenn weder Geld noch die Bereitschaft da ist, an der Stelle überhaupt verstärken zu wollen?

Ich hätte auch an den Senat die Frage, wo er denn Lücken sieht. Das ist mir ehrlicherweise bei diesem großen Erfolgsbericht auch nicht ganz klar geworden, wo der Senat da den Handlungsbedarf sieht. Wie geht er den konkret an, um den zu schließen? Reicht dieser Bezirkstopf, den Sie jetzt noch mal vorgestellt haben, oder sagt der Senat selbst auch, dass das möglicherweise nicht ausreichend ist. Was bräuchte es dann für weitere Strukturen oder möglicherweise auch Verabredungen mit den Bezirken? – Ich lasse es so weit stehen.

**Vorsitzende Ülker Radziwill:** Können Sie den letzten Satz noch mal sagen, weil es akustisch hier nicht gut ankam? – Danke!

**Sebastian Walter (GRÜNE):** Ich hatte gefragt, ob der Bezirketopf ausreicht oder ob es weitere Finanzierung braucht, auch möglicherweise in Zusammenarbeit mit den Bezirken. – [Zuruf von Sebastian Walter (GRÜNE)] –

**Vorsitzende Ülker Radziwill:** Alles klar! – Für das Protokoll: Es ging um Mikroprojekte. Ohne Mikrofon kann das Protokoll hier nicht vollständig sein. Dann haben wir das klargestellt. – Dann hat jetzt Frau Knack das Wort.

**Lisa-Bettina Knack (CDU):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an Sie Anzuhörenden! Ich möchte mich auch bei Herrn Staatssekretär Landero für die heroische Verhinderung des Kulturkampfes bedanken. Es ist total toll, dass Sie das gemacht haben, vor allem, weil Sie bei allen Terminen dabei waren, die wir in der Bildungs- und Jugendverwaltung miteinander hatten. Dementsprechend herzlichen Dank dafür!

Ich würde von Frau Richter ganz speziell wegen ihrer Berufserfahrung in der vorigen Tätigkeit wissen wollen, inwiefern sich trotzdem aus dem Gefühl heraus ein Wandel einstellt. Ich selbst habe vorher als Sozialarbeiterin an Schulen und Einrichtungen gearbeitet und habe eher das Gefühl, dass die nachfolgenden Generationen an Sozialarbeitenden, die in den Einrichtungen nachkommen, viel queersensibler und diskriminierungssensibler sind und dementsprechend einen bestimmten Wandel vorantreiben. Was sind da Ihre Erfahrungen? Merken Sie das, wird das irgendwie sichtbar?

Meine zweite Frage wäre generell einfach nur: Inwiefern würde vielleicht so eine Art Springerpool Sinn machen, wenn man sagt, man möchte das inklusiv gestalten? Jugendclubs und so etwas sind ziemlich überlastet. Das heißt, Einrichtungen, seien es Jugendclubs, Jugendhilfe oder sonst etwas, wäre es ehrlicherweise fast sinnvoll zu sagen, um da vielleicht auch bestimmte Strukturen zu etablieren oder vielleicht einfach nur anzufangen, wenn ich mir überlege – – Das kann ich jetzt nur für Treptow-Köpenick sagen, das Rabenhaus, das ist ein Stadtteilzentrum, und das CAFE Köpenick haben sich zusammengetan, weil sie den Bedarf gesehen haben, und haben da bestimmte Strukturen etabliert, wo Safe Spaces geschaffen wurden aus dem Betrieb, aber sie haben sich sehr schwer damit getan, weil sie zum Anfang gar nicht wussten, wie sie eigentlich damit umgehen sollen: Wen können Sie da hinsetzen? Wie können Sie das bewerben? Sollte es überhaupt beworben werden, zumal auch da das Problem ist beispielsweise, wenn diese Abende stattfinden, dass Rechtsextreme wie zum Beispiel der Dritte Weg vor Ort da sind, was natürlich sehr schade ist, weil dementsprechend Jugendliche keine Lust haben, da vorbeizugehen? Das wäre die Frage, ob man da vielleicht sogar in Form von Springerpools die Unterstützung für Jugendclubs oder auch Familienzentren und Stadtteilzentren einsetzen könnte, um Angebotsstrukturen zu schaffen, die das Angebot vor Ort erweitern könnten, ob das sinnvoll wäre oder nicht. – Danke schön!

**Vorsitzende Ülker Radziwill:** Dann sind wir jetzt in der Antwortrunde, und zunächst hat der Staatssekretär das Wort. Danach kommt Ihre Runde.

**Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA):** Vielen Dank! – Herr Abgeordneter Lederer! Wir haben die Frage in zwei Richtungen interpretiert. Einerseits gibt es dieses Projekt VerOptDiZu, wo wir uns praktisch noch mal als Berlin anschauen, wie wir uns das Zuwendungsrecht grundsätzlich besser anschauen. Da geht es um die Frage der wiederkehrenden Bedarfe. Das ist ein länger laufender Prozess, das geht gerade in die Pilotierung, damit sich dann auch konkrete Projekte angeschaut werden. Das ist praktisch ein relativ umfassender Prozess, wo wir nicht beteiligt sind, sondern da gibt es Pilotprojekte und Verwaltungen, die sich darum kümmern. Das bedeutet, da sind in verschiedenen Verwaltungen Pilotprojekte an den Start gegangen.

Ganz konkret zu der Frage: Was können wir jetzt besser machen? – Es ist tatsächlich so, dass wir mit diesen vorläufigen Bescheiden doch erst mal ein gewisses Maß an Sicherheit gegeben haben. Also drei Monate geht es auf jeden Fall weiter. Eigentlich ist Projektende Ende des Jahres, und Sie können sich erinnern, es war einerseits das Thema, dass das Haushaltsgesetz verabschiedet werden musste. Wir konnten nicht alles vorab prognostizieren oder antizipieren, was genau rauskommt. Das bedeutet, da sind wir vor eine Herausforderung gestellt. Das Haushaltsgesetz ist natürlich ein Thema, das wir abwarten müssen, bevor wir einen vorläufigen Bescheid dann auch erstellen, deswegen müssen wir auf den vorläufigen zurückgreifen. Da geht es einerseits um Auswüchse, da geht es eventuell auch um Verschiebung, da geht es um andere Fragestellungen. Das ist ein Thema. Dann gibt es aber tatsächlich auch die Herausforderung, dass uns die Unterlagen ordentlich beigebracht werden müssen. Das bedeutet, wir müssen mit Projekten natürlich auch immer wieder in die Diskussion oder ins Gespräch gehen: Da fehlt noch was, da fehlt noch was. Das ist ein Thema, warum wir in den drei Monaten erst mal die Sicherheit geben und diese drei Monate nutzen, um dann den endgültigen Bescheid, so nenne ich es mal, weiterzugeben. Darüber hinaus ist es aber auch so, dass wir von Jahr zu Jahr vielleicht auch mathematisch etwas anpassen. Und da gibt es natürlich auch Punkte, wo man auch noch mal schauen muss, dass man nicht den Bescheid einfach aus der Schublade holt und dann wieder ein zu eins übernimmt, und dadurch können diese drei Monate natürlich erst mal nur vorläufig beschieden werden.

Gleichzeitig bemühen wir uns aber natürlich darum, mit den Projekten in dieser Zeit immer im Austausch zu sein und ihnen diese Sicherheit zu geben, dass es weitergeht und nicht nach drei Monaten der Stecker gezogen wird. Das gehört dann dazu. Ob es jetzt das beste System ist, das es gibt, daran würde ich auch mal ein Fragezeichen machen, aber ich glaube, es ist eine Notwendigkeit. Ich möchte jetzt auch nicht komplett ausschließen, dass wir vielleicht auch mal einen Bearbeitungsstau haben und anderes. Das kommt natürlich auch vor, aber es ist eine multikausale Frage, warum wir erst mal auf diese drei Monate zurückgreifen. Am Ende muss man es aber auch von der Perspektive sehen: Wir geben diese drei Monate erst mal Sicherheit.

Dann war die Frage: Wo sehen wir die größten Defizite oder Herausforderungen? – Ich würde die Frage an Mainstreaming, Regelstrukturen festmachen. Ich würde sagen, dass die Herausforderungen, die wir beobachtet haben, sind: Wie bekommen wir queere Angebote in Regelstrukturen verankert? – Das ist an der einen oder anderen Stelle gelungen. Aber wie bekommt man das wirklich immer mitgedacht, natürlich auch intersektional? Wie bekommt man diese Perspektive in verschiedene Angebote immer rein, denn es ist am Ende eigentlich das Produkt, das wir bei der Jugendarbeit sehen, dass wir am Ende verschiedene Geschwindigkeiten

haben und vielleicht dann doch sehen: Wäre es nicht besser, wenn es koordinierter wäre? Das würde ich ein Stück weit überschreiben.

Ich habe zwar gesagt, das Licht geht an, aber ich habe mich jetzt nicht heiliggesprochen. Ich habe ganz klar gesagt, dass wir in dieser Zeit der Vermittlung von Sicherheit und Kommunikation ein Defizit hatten. Ich würde tatsächlich sagen, dass wir über lange Zeit durch die Haushaltslage eine verunsicherte Trägerlandschaft hatten. Darüber hinaus würde ich auch noch mal sagen, dass man an die Stärkung in den Bezirken, beispielsweise die Queerbeauftragten in den Bezirken, wirklich noch mal ran muss, um Strukturen vor Ort zu verankern. Ich weiß, da gibt es auch Anfragen beispielsweise an das Büro des Queerbeauftragten, was Muster Bugs und anderes angeht. Da gibt es auf jeden Fall einen Schriftverkehr.

Darüber hinaus haben wir es aber auch ganz klar definiert, dass der Schwerpunkt, den wir gesetzt und wo wir in der Stadt dringend Handlungsbedarf haben, queere Sicherheit ist. Das ist das, wo wir natürlich am Ende mit der Landesstrategie noch mal aus der IGSV heraus mit der Lupe reingegangen sind und dort natürlich Handlungsbedarf sehen, sonst hätten wir es nicht gemacht. Das bedeutet nicht, dass wir keine Herausforderungen im Gesundheitswesen und anderen Bereichen haben, aber das ist schon ein Schwerpunkt, den wir mit gesetzt haben, aber es ist nicht der einzige. Wir haben beispielsweise den Berlin-Monitor erhoben, wir haben verschiedene Thematiken auch im Bereich Flucht bearbeitet und so weiter. Ich glaube, wir sehen überall, dass es dort noch viel zu tun gibt, und da wollte ich mich auch nicht so verstanden wissen, dass wir jetzt gesagt haben, dass es nichts bringt.

Gleichzeitig haben Sie gesagt: Wenn andere Verwaltungen das nicht untersetzen, was bringt das alles? – Das ist jetzt ein bisschen paraphrasiert, aber wenn Sie sich angucken aus dem Runden Tisch gegen queerfeindliche Gewalt, ist beispielsweise diese Kampagne „Dir bleiben nur 48 Stunden“ entstanden. Diese Kampagne ging an den Start, und relativ schnell wurde sich dann das Thema ASOG noch mal angeschaut, was Speicherfristen angeht. Das ist ein Thema, wo ich jetzt nicht sagen würde, das kann man allein reklamieren, das ist jetzt nur auf Betreiben aus der queeren Community heraus passiert, aber es ist auf jeden Fall mitgedacht worden, dass man gesehen hat, da gibt es Handlungsbedarf und da gibt es Indikatoren, wo man sagen kann, die Menschen, wenn sie einen Angriff erlebt haben, gehen nicht gleich am ersten oder zweiten Tag, sondern müssen sich erst mal mit Freunden zusammensetzen und sich Unterstützung holen, und gehen dann erst am dritten Tag zur Polizei, und dann wäre es gut, wenn die Videoaufnahme auf jeden Fall noch da ist. Das sind Punkte, die auf jeden Fall doch auch wirken.

**Vorsitzende Ülker Radziwill:** So. Dann sind Sie jetzt an der Reihe. Wir können auch die umgedrehte Reihenfolge machen. Sie fangen an, Frau Körner. – Bitte sehr!

**Constanze Körner** (LesLeFam e. V.): Wir haben uns geeinigt, dass ich wieder anfangen darf. Es gibt ja noch eine Runde. – Es ist natürlich sehr komplex und sehr viel. Ich möchte noch mal sagen, dass queere Arbeit in den Bezirken und hier in der Stadt davon abhängig ist, wie sich Menschen engagieren. Also nicht nur die queeren Organisationen engagieren sich mit den Mitarbeitenden und vielleicht in den Vereinen auch viele Ehrenamtliche, sondern wir sind darauf angewiesen, dass es woanders engagierte Menschen gibt. Zum Beispiel bei uns, wo wir sehr viel tätig sind, in Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick – da gibt es noch keine Queerbeauftragte –, aber in Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf sind es die Queerbeauftragten und die Gleichstellungsbeauftragten, die maßgeblich unterstützen, und da kommen eben auch Initiativen zustande, die dann auch auf bezirklicher Ebene stattfinden. So sind wir zum Beispiel in den Finanzierungsbereich des Jugendamts geraten und dadurch auch in diesen Strukturen mit drin. Selbstverständlich sind wir von den Strukturen, die ein Jugendamt in der Jugendarbeit oder in der Familienarbeit hat, nicht losgelöst; wir sind da mitverantwortlich, und trotzdem sind wir anders als die anderen alle, weil wir nicht kiezbezogen sind, sondern ganzbezirklich arbeiten. Das macht einen Unterschied. Das heißt, wir sind natürlich dann für diese bezirkliche Großstadt allein zuständig. Während in anderen Familien- oder Jugendzentren die Kids oder Familien aus dem Kiez nebenan unterwegs sind, muss man sich zu uns schon hinbewegen. Dann sind wir an irgendeinem Ort, der jetzt auch nicht so super niedrigschwellig ist, weil wir dafür gar nicht die Finanzen haben, und dort müssen sich die Menschen hinbewegen. Natürlich ist dann wiederum auch ganz viel Beziehungsarbeit notwendig, dass die Jugendlichen oder die Familien oder die Menschen, die bei uns Rat suchen oder sich kontinuierlich bei uns treffen wollen, auch wiederkommen und auch diesen Weg auf sich nehmen. Es kann nicht sein, dass es immer nur unter Leidensdruck stattfinden muss, sondern dass auch Menschen diese Orte nutzen, um einfach andere Menschen, die ähnlich leben, treffen zu können.

Da sind wir beim Thema Orte. Das ist das, was ich dir, Sebastian Walter, auch schon öfter gesagt habe: Es braucht erst mal die Orte. Es gibt natürlich viele Orte, wo sich Menschen treffen können, in den Randbezirken ist das schon ein bisschen schwieriger und auch hochschwelliger. Wir sind zum Beispiel in Marzahn-Hellersdorf mit der Beratungsstelle Regenbogenfamilien bei der DRK in einem Familien- und Beratungszentrum untergekommen, und wir sind froh, dass dort Menschen erst an einem Pförtner vorbei müssen. Wir haben versucht, mit einem Jugendzentrum zu kooperieren, wo wir Slots für queere Angebote hatten, und wir konnten dort wirklich unsere Mitarbeitenden und unsere queeren Jugendlichen nicht mehr schützen, weil dort dann auch die rechten Gruppen vor und in dem Jugendzentrum darauf gewartet haben, dass dort dieser Nachmittag stattfindet, wo speziell queere Menschen angesprochen sind.

Da muss man sich auch konzeptionell überlegen, wie das genau an diesem Ort funktionieren kann, dass trotzdem – Da gibt es ja diese queeren Jugendlichen, und die wollen dann zum Beispiel nicht nach Reinickendorf zu euch fahren oder nach Mitte, sondern die wollen in Marzahn-Hellersdorf dann auch unterkommen. Jetzt haben wir Lösungen bekommen, aber das sind nur Teillösungen. Mit diesen ganzen schwierigen Themen, die mit Armut oder auch einmal ein warmes Essen – Das ist bei uns genauso, oftmals bekommen die Jugendlichen bei uns das einzige Essen am Tag, und wir müssen schauen, ob wir mit Essensausteilern kooperieren oder mit Rewe oder Edeka eine Spendenaktion machen, weil dafür gar keine Ressourcen vorhanden sind, dass wir jede Woche für die Nudeln kochen. Wir müssen also auch da kreativ werden, und dann macht das natürlich auch mit unseren Mitarbeitenden was, wenn

sie ständig schwere Fälle haben. Das heißt, an der Stelle ist Supervision gar nicht im Finanzplan möglich, weil eigentlich das gesamte Geld für Gehälter draufgeht, die natürlich auch steigen. Je länger Menschen bei uns im Verein arbeiten, gibt es natürlich dann auch Stufenanstiege, Tarifierhöhungen, die nicht immer gleich ausgezahlt werden. Es wird also auch alles teurer, und das sind immer Herausforderungen.

Inzwischen bin ich schon ein bisschen gelassen, ich mache das ja schon seit 25 Jahren hier in dieser Stadt und kenne diese Geschichten mit den Bescheiden auch, die dann auch nur mal temporär kurzfristig kommen, und versuche, immer alle zu beruhigen, aber das macht natürlich etwas mit Menschen, gerade auch mit jungen Menschen, die in den Beruf einsteigen. Das meine ich auch mit Arbeitssituationen mit prekären Menschen, dass das auch dazu führt, dass Menschen auch wieder den Arbeitsbereich verlassen, obwohl sie super qualifiziert sind und gerade Beziehungsarbeiten aufgebaut haben, weil sie das eben nicht aushalten, nicht zu wissen, ob ab Januar wieder die Arbeitstür aufgeht.

Was fehlt? – Es fehlt immerzu alles Mögliche. Ich habe es ja gesagt, aber ich glaube, in den Randbezirken ist noch mal das Thema queer und Alter, das nicht so richtig bespielt wird und bespielt werden kann. Da habe ich selbst auch Fragezeichen, was man da tun kann. Da sitzen wir auch mit den Queerbeauftragten und mit anderen Trägern, wie der Schwulenberatung, zusammen, um zu schauen, wie man diese Lücken schließen kann.

Zum Thema Bildung: Das haben Sie ja schon alle oft gewälzt, aber wir haben wahnsinnig viele Schulen, jedes Jahr rutscht so ein Jugendlicher eine Klasse weiter. Wir müssten eigentlich jedes Jahr – – Wenn wir das mal durchrechnen, wie viele Kurse wir machen müssten, in jeder Klasse, in jeder Altersstufe, angepasst an das, was zumutbar ist, da kommen wir überhaupt nicht hinterher. Bildung ist Prävention, und das braucht es an allen Ecken und Enden, und da fehlt es. Ich weiß nicht, in welchen Schwerpunktschulen ihr seid, aber das ist auch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein in dieser Stadt, und wir können das auf gar keinen Fall abdecken, aber wir werden auch permanent gefragt.

Die Umsetzung der IGSV mit all den Maßnahmen muss einfach durchdringen. Es gibt viele Maßnahmen, aber es gab vor vielen Jahren – ich weiß nicht, ob es immer noch so ist –, als Familienzentren in Berlin Geld bekommen haben, so eine Klausel: Ihr müsst euch aber auch mit queer beschäftigen! – Darum gab es auch das Konsultationsangebot, damit dann auch das Konsultationsangebot in die landesgeförderten Familienzentren gehen kann, um da diese Queersensibilität aufzubauen. Das gibt es jetzt nicht mehr. Ich finde, das ist ein gutes Beispiel dafür, dass, wenn irgendwo Geld gegeben wird, dass dann auch queer irgendwie mitgedacht werden kann, und wenn das nicht gemacht wird und nicht gewollt wird, dann kann es eben auch nicht entsprechend finanziert werden. Das wäre ein Vorschlag von mir. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Ülker Radziwill:** Vielen Dank, Frau Körner! – Frau Richter, Sie haben das Wort.

**Christin Richter** (Schwulenberatung Berlin gGmbH): Ich habe mir ganz viele Notizen gemacht, mal sehen, wie viele ich davon gleich zusammenbekomme. – Ich fange mal mit dem Thema Schule an – das kam ja jetzt von zwei Seiten –, wie ich das so erlebt habe. Ich kann das nur unterstützen: Es fehlt total an Fortbildungen, auch aus Sicht als Lehrkraft. Wir haben immer versucht, auch mit mehreren Lehrkräften, an Fortbildungen zu kommen, sei es jetzt bei

QUEERFORMAT oder auch bei euch, es ist einfach total schwierig, da überhaupt reinzukommen und jetzt mit den Kürzungen noch mal mehr. Das müsste noch mal mehr von der Senatsverwaltung auch im Bildungsbereich verankert werden.

Ein typisches Beispiel, das stark darauf hindeutet, warum das auch an Schulen so schwierig ist, ich weiß nicht, ob das alle wissen, an den Schulen sollte es eigentlich eine bzw. einen Diversitätsbeauftragte bzw. -beauftragten geben. Das ist dann meistens doch die geoutete Person, also ich war es dort. Das ist aber eigentlich ein bisschen schade, denn einerseits geht es nicht immer einher damit, dass man da wirklich Bock drauf hat oder das auch wirklich supergut machen kann, andererseits hängt das auch total von den Schulleitungen ab. Ich hatte eine total tolle Schulleiterin an der Kopernikus-Oberschule in Steglitz, die total dahinterstand und die das auch wirklich getragen hat und auch Kolleginnen und Kollegen da total unterstützt hat, aber das ist an ganz vielen Schulen nicht so. Da fehlt es zum Beispiel auch an diesen Vernetzungsorten oder an Fortbildungen, weil ich das dort am meisten erlebt habe, auch in meiner Rolle als Schulberaterin, die ich zwischendurch hatte. Man braucht die Unterstützungen auch der anderen Kollegien an anderen Schulen, und da wurde vor allem viel berichtet: Wenn die Schulleitung das nicht mitträgt, ist man ganz allein auf weiter Flur, und man wird auch dazu angehalten, sich möglichst nicht zu outen, weil es zum Beispiel die Elternschaft nicht möchte. Das macht auch etwas mit einem, weil man nicht eine authentische Lehrperson sein kann, wenn man die Hälfte seines Lebens verstecken muss. Das ist einfach total prekär und blöd. Da kann ich nur sagen, dass ich hier in Berlin ganz viel Glück hatte. Aber da muss ganz viel gemacht werden.

Zur Schulsozialarbeit: Das stimmt schon, wenn die ausgebildet sind, dann ist das so, aber wir haben auch ein ganz großes Problem mit Fachkräftemangel. Ich möchte jetzt gar nicht sagen, was die alle von Beruf waren, aber meistens nicht unbedingt das, was sie eigentlich sein sollten. Es ist total toll, mit welchem Engagement die da reingehen, aber es sind immer zu wenige, das kann ich auch sagen, und auch da fehlt es an Fortbildungen, auch beim SFBB reinzukommen, das sehe ich jetzt auch bei meinem Team, die ganzen Fortbildungen für Sozialarbeitende müssten eigentlich strukturell verankert sein. Das sehe ich auch in den Kitas, die wir haben. Das machen wir dann jetzt, weil wir die Verantwortung übernehmen wollen. Aber da, wo es eigentlich herkommen soll, die staatliche Aufgabe, da passiert es nicht unbedingt, und das kann es ja nicht immer sein, dass wir dafür in die Bresche springen, dass es eigentlich eine Aufgabe für alle sein sollte, wie ich finde.

Zu den Springerinnen und Springern: Wir hatten selbst die Idee, dass wir so eine Art Pop-up-Clubs aufmachen. Das war eigentlich eine schöne Geschichte, vor allen Dingen, weil wir mit meiner Teamleitung festgestellt haben, dass wir das gern so machen würden, dass es nicht so krass auffällig ist. Aus dem Schulbereich habe ich die Erfahrung gemacht, wenn man sagt: Okay, wir machen jetzt einen queeren Filmabend oder so –, das ist ein Outing, wenn die kommen. Das wollen die nicht. Aus meiner eigenen Erfahrung: Ich hätte das mit 16 Jahren auch nicht gemacht. Aber in dem Fall muss man das vielleicht ein bisschen behutsamer machen und für jede Art von Kind oder jungem Menschen auch anbieten können. Das wäre, glaube ich, eine schöne Sache, aber dann sind wir wieder bei der Stellungnahme, wo ich gesagt habe: Es muss eigentlich jede Lehrkraft, jede erziehende Person, jede Schulsozialarbeit dafür fortgebildet sein und muss dafür auch eine Sensibilität aufweisen.

Jemand hatte gefragt, was insgesamt fehlt oder welche Gruppen da rausfallen. Das ist vor allem eine Intersektionalität, wir haben ja ganz viele Gruppen, die nicht nur queer sind, die haben dann ja auch einen Migrationshintergrund oder was auch immer, oder natürlich darf man auch nicht vergessen, so eine Pubertät ist sowieso insgesamt ganz schön schwierig. Ich glaube, das muss man da mit sehen. Aber da merkt man auch so ein bisschen, das ist wieder mein Lehrerinnenherz.

Zu den Räumen: Das hat Constanze auch schon super gesagt, wir haben jetzt das Glück, ich habe bei der Schwulenberatung einen total guten Geschäftsführer, wir haben das Glück, dass wir selber bauen konnten. Aber das ist auch eine Sache, weil Marcel de Groot ein total risikofreudiger Mensch ist, und das für uns gemacht hat. Das ist natürlich für uns ein großer Punkt, dass wir das da machen können.

Zu den inhaltlichen Lücken kann ich auch ganz kurz etwas sagen: Ich glaube, da gibt es ganz viele. Was mir als Erstes eingefallen ist, was, glaube ich, gar nicht so bedacht wird, ist auch bei der Jugendberufsagentur für diese ganzen Diskriminierungsproblematiken sensibilisierter zu sein: Wie bekommt man junge Menschen, die schon so schlimme Erfahrungen gemacht haben, in eine vernünftige Ausbildung, in ein Bewerbungsgespräch, ohne dass sie sich schlecht fühlen? Das ist so eine Geschichte.

Gute Beispiele: Ich weiß nicht, ob ihr dazu noch etwas habt. In den Jugendämtern haben wir mittlerweile ganz schöne Erfahrungen gemacht. Das kann ich ja auch mal sagen, man muss ja auch mal etwas Positives sagen. – Habe ich noch etwas vergessen? Wahrscheinlich.

**Vorsitzende Ülker Radziwill:** Vielen Dank, Frau Richter! – Wenn Ihnen jetzt noch etwas einfällt, nachdem Herr Winkler-Schwarz gesprochen hat, dann melden Sie sich bitte! – Bitte sehr, Sie haben das Wort!

**Florian Winkler-Schwarz (LSVD):** Vielen Dank für die Nachfragen! – Personalgewinnung ist tatsächlich ein großes Thema. Zwar haben wir in Berlin eine Struktur, die schon ermöglicht – viele Menschen haben sich bewusst entschieden, nach Berlin zu gehen und hier ihr Leben zu verbringen, und deswegen können wir natürlich anders als in anderen Städten schon auch auf Menschen mit Queerexpertise zurückgreifen. Gleichzeitig sind die Strukturen, in denen die Menschen dann arbeiten, sei es jetzt bezirklich, landesgefördert oder anderweitig gefördert, nicht immer so, dass sie besonders attraktiv sind. Das muss man auch einfach sehen. Wir haben es hier nicht mit hochbezahlten Stellen zu tun, und auch dieser schon durchgehende Kampf um Anschlussfinanzierungen ist nicht immer für alle Menschen attraktiv, und spätestens so im Herbst neigt das Team auch zu Recht manchmal zu Panik. Auch Überbrückungssituationen sind manchmal schwierig, nicht alle Projekte werden bei uns von Anfang an so finanziert, dass wir die Lohn- und Gehaltssituation sicherstellen können. Wir müssen mit Eigen- oder Überbrückungsmitteln arbeiten. Wir haben in diesem Jahr erstmals auf einen Fonds, den Demokratiefonds, zurückgreifen müssen, um die Gehälter bezahlen zu können. Das hängt stark davon ab, wie die einzelnen Projekte ausgestaltet und finanziert werden.

Zu der Frage von Wiebke Neumann zu den Online-Plattformen: Ja, grundsätzlich ist alles, was Sichtbarmachung von queeren Angeboten betrifft, total hilfreich und nützlich, gleichzeitig glaube ich, dass wir als Trägerlandschaft gut untereinander vernetzt sind und wir auch gemeinsam dann – das ist in der queeren Community ja nicht immer so, dass wir immer alle

einer Meinung sind –, wenn es darauf ankommt, schon zusammenhalten, Dinge sichtbar machen und gemeinsam Angebote anbieten, zum Beispiel die Kampagne, die gerade draußen an den Haltestellen hängt, wo wir uns explizit für die queeren Jugendeinrichtungen einsetzen. Auch dort ist eine Plattform hinterlegt, in der Menschen dann Angebote zu queeren Jugendeinrichtungen finden. Aber gern mehr von dieser Art, denn für junge Menschen ist es oft schwierig, den Angebotsmarkt zu überblicken. Wir haben europaweit das einzigartige Festival QueerZ, das wir zweimal im Jahr für queere Jugendliche ausrichten, ein tolles Angebot, weil dort alle Träger zusammenarbeiten. Das ist so ein Ort, wo mal wirklich alle zusammenkommen und die Angebotsvielfalt auch deutlich wird. Das wäre schön, wenn wir das auch außerhalb von solchen besonderen Tagen für die Stadt sichtbar machen.

Die Frage von Sebastian Walter nach Suizid finde ich essenziell wichtig. Wir sind seit anderthalb Jahren Mitglied im Suizidpräventionsnetzwerk. Das sind Regelstrukturen, und queeres Leben muss da immer noch mal neu mitgedacht werden. Die Sorgen und die Suizidtelefone, die bestehen, sind nicht immer eins zu eins auf queere Menschen adaptierbar. Es ergibt aber auch keinen Sinn, jetzt eine eigene Infrastruktur für queere Menschen zum Thema Suizid aufzubauen, sondern wir würden unser Augenmerk darauf legen, diese Regelstrukturen zu entwickeln. Das ist dringend notwendig, denn Sie alle wissen, dass die Suizidrate bei queeren Menschen deutlich über der heteronormativen Restrealität – wie ich das immer sehr gern sage – liegt.

Zur Frage: Welche Bildungsangebote bräuchte es noch mehr? – Auch gerade in diesen Randgebieten und in den Schulen, in die wir gehen – Was wir machen, ist Kurzzeitpädagogik, wie das Constanze gesagt hat. Wir gehen da rein, sind vier Stunden drin, wenn es lange ist, und dann gehen wir wieder raus und hoffen, dass etwas passiert ist, und wahrscheinlich passiert auch ein bisschen etwas. Aber wir wünschen uns total, dass wir öfter in die Schulen gehen könnten, dass es Anschlusstermine geben könnte. Die können wir aber einfach derzeit in der bisherigen Struktur – wir wollen auch möglichst viele Schulen und vielfältige Schulformen besuchen – gar nicht leisten.

Wie sehr sind immer Regelstrukturen adaptierbar? – Ich kann das an einem guten Beispiel aus dem aktuellen Gewalthilfegesetz, das in Berlin jetzt auf die finale Spur kommt, gut festmachen. Dort wirken wir ja auch mit, um den queeren Blick darauf zu lenken. Denn die Annahme zum Beispiel, dass TIN-Personen immer sehr gut in den regulären Frauenhäusern aufgehoben sind, wenn Gewaltvorfälle vorliegen, stimmt einfach so nicht. Denn gerade Transfrauen, die dort unterkommen, werden dann teilweise trotzdem von den übrigen Personen, die dort untergebracht werden, angefeindet, und außerdem sind die Regelstrukturen in ihrer Kompetenz zu queerem Leben nicht so gut ausgebildet. Das ist also das Gleiche, was Constanze auch schon zum Thema Konsultationsangebot und Familienzentren sagte. Auch da kann man nicht davon ausgehen, dass die Expertise zu queeren Lebensrealitäten immer Teil der Ausbildung oder Teil der Expertise ist.

Hervorheben will ich noch aus dem Senat vom letzten Jahr und aus den Maßnahmen, die vom Runden Tisch gekommen sind, einen Punkt, in dem wir dieses Jahr Aufbauarbeit betreiben werden: Wir werden die erste Fachstelle digitale Gewalt im Netz in Berlin einrichten. Das ist überfällig, total wichtig und hilfreich für die queere Trägerlandschaft und vor allem für die queeren Menschen, denn die Annahme, die im Raum steht, ist, dass Menschen sich nicht erst draußen auf der Straße radikalalisieren, sondern schon einen Schritt früher, also im Netz. Da

werden wir sicher am Ende des Jahres hier auch mit ersten Zahlen vorstellig werden können und auch Beratungsgespräche haben. Wir haben da jetzt schon große Netzwerkarbeit geleistet hin zu HateAid: Wir können zukünftig Menschen, die sich bei uns melden, ermöglichen, dass ihre Kommentare, Beleidigungen, Diskriminierungen im Netz durch direkte Anbindung, die wir an die sozialen Medienstrukturen als Trusted Flagger über HateAid haben, gelöscht werden. Das ist für viele Menschen total wichtig, weil diese Gewaltvorfälle im Netz eine Vorstufe der Gewalt sind, die wir dann draußen auf der Straße erleben. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Ülker Radziwill:** Vielen Dank auch an Sie, Herr Winkler-Schwarz, und auch an Sie alle drei noch mal, dass Sie uns hier so viele Details mitgeteilt haben! Noch mal ein Dank für die Arbeit, die Sie und Ihre Teams leisten! Dafür möchte ich mich noch mal im Namen des Ausschusses herzlich bedanken! – Ich möchte gern das Wort an Herrn Struch weitergeben.

**Dr. Georg Struch (SenWGP):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Frau Neumann hatte ja noch eine Frage zu den psychosozialen Bedarfslagen. Ganz konkret fördert meine Verwaltung im Rahmen des IGP – des Integrierten Gesundheitsprogramms – zwei Angebote mit queerer Ausrichtung, psychosoziale Beratungsstellen, einmal der Schwulenberatung, einmal der Lesbenberatung, und Ihre Frage war, welche Erkenntnisse wir haben, wie sich die Bedarfslagen über die Zeit entwickelt haben. Es ist tatsächlich so, dass wir das für das Angebot der Schwulenberatung konkret sagen können. Dort liegt schon seit mehreren Jahren tatsächlich ein Mehrbedarf vor, der aber im Rahmen des IGP aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen nicht umgesetzt werden kann. Im Rahmen des Angebots der Lesbenberatung ist es so, dass wir es da nicht genau sagen können. Da gibt es keine Meldung des Trägers, dass es da einen Mehrbedarf gibt. Wir wissen aber, dass aufgrund der hohen Inanspruchnahme, insbesondere von TIN-Personen, es hier wahrscheinlich so ist, dass auch hier die Bedarfslagen gestiegen sind. – Danke schön!

**Vorsitzende Ülker Radziwill:** Vielen Dank, Herr Dr. Struch! – Dann habe ich hier keine weiteren Wortmeldungen. Ich denke, wir können diesen Tagesordnungspunkt zu einem Abschluss bringen, indem wir festhalten, dass wir ihn vertagen, bis das Wortprotokoll da ist. Das ist unsere Gepflogenheit. Wenn Sie damit einverstanden sind, werden wir Tagesordnungspunkt 3 a und 3 b vertagen. – Dann verfahren wir so. Dann bleibt mir, noch mal ein abschließendes Dankeschön an Sie zu richten, dass Sie sich die Zeit genommen haben! Sie können gern unserer Sitzung an dem Platz, an dem Sie sitzen, oder im Zuschauerraum weiter folgen.

#### Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0070](#)  
IntGleich  
**LSBTIQ\* und Obdachlosigkeit. Situation in Berlin, Handlungsstrategien und Präventionsansätze**  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit von  
LSBTIQ\*:  
Niedrigschwellige Angebote bei Obdachlosigkeit,  
Unterstützung und Beratung, spezielle  
Präventionsangebote vor Wohnungslosigkeit.**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der  
SPD)

[0077](#)  
IntGleich

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 19/2433  
**Gleichbehandlung jetzt – für eine Ramadan-  
Beleuchtung in Berlin!**

[0210](#)  
IntGleich(f)  
WiEnBe

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 6 – neu – der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der  
Fraktion Die Linke  
Drucksache 19/2558  
**„Nicht ohne uns“ – 2. UN-Dekade für Menschen  
afrikanischer Herkunft in Berlin umsetzen**

[0250](#)  
IntGleich

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 7 – neu – der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion  
Drucksache 19/2067  
**Arbeitsgelegenheiten gemäß § 5 AsylbLG voll  
ausschöpfen, Verpflichtungen konsequent umsetzen!**

[0176](#)  
IntGleich

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 8 – neu – der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.